

DEUTSCHE FORSCHUNG IM OSTEN

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

BURGVERLAG KRAKAU GmbH
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT

---

3. JAHRGANG | HEFT 6 | SEPTEMBER 1943



DEUTSCHE FORSCHUNG IM OSTEN

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

BURGVERLAG KRAKAU GmbH
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT

---

1. BEITRÄGE

2. BERICHTE

---

3. JAHRGANG HEFT 6 SEPTEMBER 1943

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Wilhelm Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau. — Anschrift der Schriftleitung: Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 12. — Fernruf 152-82. — Burgverlag Krakau GmbH, Verlag des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 5. — Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau GmbH, Krakau, Poststrasse 1. — Jährlich erscheinen 8 Hefte. — Preis je Heft: Zl. 2,— / RM 1,—. Zu beziehen durch den Verlag und durch den Buchhandel.

ZEITTAFEL ZUR GESCHICHTE DES WEICHSELRAUMES

VON DR. ERWIN HOFF, KRAKAU

ZWEITER TEIL

1764 IX 7 bis 1795 — *Stanislaus August Poniatowski* durch den Einfluß von Rußland und Preußen von der Partei der Czartoryski einstimmig gewählt und in Warschau gekrönt (bisher Krakau Krönungsort).

Stanislaus August war bereits als sächsischer Gesandter in Petersburg der Zarin Katharina bekannt geworden.

Zarin Katharina hat nicht die Absicht, die von dem neuen König und seiner Partei erstrebten, wenn auch an sich unzureichenden Reformen zur Rettung des Staates zuzulassen.

Der König, der dem klassizistischen Stil huldigt, zieht zur Verschönerung Warschaus vor allem deutsche Architekten heran *(Schröger, Zug, Kammsetzer)*. *Zug* erbaute u. a. die im Herbstfeldzug 1939 ausgebrannte *evangelische Kirche* in Warschau.

Kammsetzer vollzog u. a. den Um- und Ausbau des Schlosses *Łazienki* in den Jahren 1784—93.

1766 — Die Unverletzlichkeit des „Liberum veto“ (also Einstimmigkeit der Entscheidungen) proklamiert.

1767/68 — Der Gesandte der Zarin, *Repnin*, zwingt mit Hilfe russischer Truppen die Radomer Konföderation zur Annahme der Forderungen Katharinas (Gleichberechtigung der Dissidenten und Nichtunierten, freie Königswahl, Liberum veto usw., sowie russische Verfassungsgarantie).

1768 III 5 — Der Reichstag bestätigt die unter dem Druck Rußlands getroffenen Beschlüsse.

1768 II 29 bis 1772 — Bildung einer *Konföderation* gegen Rußland in *Bar*. Aufstände in Großpolen, Krakau, Sieradz, Litauen.

1769 — *Friedrich II.* von Preußen gibt der Zarin Katharina zu verstehen, daß Rußland im Falle einer Auflösung Polens mit preußischen Ansprüchen zu rechnen habe (durch das Teilungsprojekt des *Grafen Lynar*).

1769 — Joseph II. besetzt die schon früher zu Ungarn gehörige *Zips*.

Verständigung zwischen Friedrich von Preußen und Joseph II. durch Zusammenkünfte *(Neiße, Mährisch-Neustadt)*.

1772 II 17 VIII 5 *Teilungsverträge* Rußlands mit Preußen und Österreich über Polen.

Rußland als treibendes Ferment erhielt den weitaus größten Teil der Fläche (im wesentlichen die polnischen Gebiete östlich von *Düna und Dnjepr*, etwa 109 000 km²), *Österreich* bekam etwa 70 000 km², und zwar die wirtschaftlich besten, nämlich außer der *Zips* die Woiwodschaften *Lemberg, Belz und die Hälfte der Krakauer* und Westpodoliens. *Preußens Anteil* war wesentlich bescheidener, nämlich 35 000 km² *(Ermland, Westpreußen ohne Danzig und Thorn und den Netzedistrikt)*.

In Wirklichkeit kann die Gebietsverringerung Polens von 1772 *nicht* als eine *Teilung* angesprochen werden. Die abgetretenen Länder hatten keineswegs ständig zum polnischen Staat gehört und waren auch überwiegend von nichtpolnischer Bevölkerung bewohnt. Die Vorgänge von 1772 wurden trotz zahlreicher polnischer Gegenversuche von einer unter dem Druck Rußlands stehenden Deputation anerkannt und vom Reichstag eine völlig den russischen Interessen entsprechende Verfassung angenommen.

1775 IV 11 Die von *Preußen* und *Österreich* erworbenen Gebiete werden im besonderen Maße Gegenstand der *Sorge* der betreffenden Regierungen. Durch eine einzigartige, sich vor allem mit dem Namen Kaiser Josephs II. verbindende *Kolonisation Galiziens* erwarb sich Österreich das moralische Recht zur Verwaltung dieses Gebiets.

In Galizien entstehen zahlreiche deutsche Dörfer, denen noch heute ihr ursprüngliches Deutschtum trotz Polonisierung anzusehen ist.

Auch in den zu *Preußen* gekommenen Ländern wird durch die Fürsorge Friedrichs des Großen *Kolonisation und Melioration* eifrigst betrieben.

Unter *Stanislaus August* werden — im letzten Augenblick sozusagen — *Reformen* im polnischen Staat in Angriff genommen, die dem völligen Zerfall zuvorkommen sollen; u. a. werden sogenannte „*commissiones boni ordinis*" (Kommissionen der guten Ordnung) gegründet, die den Zuständen in den Städten, die vor allem unter dem *Judenproblem* litten, abzuhelfen versuchen und eine Besserung einleiten sollten.

1773 Stillegung der *Universität in Lemberg* durch die Kassation des Jesuitenordens (Gründung der Lemberger Universität 1661 I 20 durch König Johann Kasimir als Generalstudium (Akademie und Universität) mit den gleichen Privilegien wie Krakau und Wilna unter Leitung der Jesuiten).

1784 Neugründung der *Lemberger Universität* durch Joseph II.

1788—1792 Der vierjährige Reichstag arbeitet an der Reform der Staatsverfassung.

Preußisch-polnisches Bündnis nach dem Plan des Ministers *Hertzberg*, das aber bald durch eintretende Umstände (Einigung Preußens mit Österreich) hinfällig wird.

1791 V 3 Die Verfassung vom „dritten Mai“.

Die Begeisterung darüber in Polen und im ganzen Ausland muß heute als reichlich übertrieben und wenig begründet bezeichnet werden, da vor allem — trotz der Beseitigung des Liberum Veto — entscheidende Maßnahmen zur sozialen Besserstellung des Bauerntums unterblieben. Immerhin erregte die Bestimmung der persönlichen Erblichkeit der Königswürde, die nach dem Tode Stanislaus' Augusts an das kursächsische Haus übergehen sollte, die schärfsten Gegenmaßnahmen Rußlands, während Preußen und Österreich zustimmten.

1792 V 14 Im Zusammenhang mit der Konföderation von *Targowica* läßt *Katharina* ihre Truppen in Polen einmarschieren. *Friedrich Wilhelm II.* von Preußen zieht sich von seinem Feldzug gegen Frankreich zurück, und Anfang des Jahres 1793 rücken seine Truppen ebenfalls in Polen ein, um zu verhindern, daß ganz Polen russisch wird und diese Macht damit unmittelbar bis an die preußische Grenze vorrückt.

1793 I 23 Russisch-preußischer Vertrag über die zweite Teilung Polens.

Rußland erwirbt etwa 250000 km² mit Bewohnern meist griechisch-orthodoxen Bekenntnisses und russischer Sprache. *Preußen* bekommt *Danzig und Thorn*, *Großpolen* und die östlich angrenzenden Woiwodschaften mit insgesamt 60000 km² und 1100000 Einwohnern. *Österreich* ist *nicht* beteiligt.

Es zeigt sich, daß Rußland der treibende Faktor für die Auflösung Polens gewesen ist, wobei sich Preußen und Österreich einschalten mußten, um eine völlige Russifizierung dieses Nachbarlandes zu verhindern.

1794 III 4 *Kościuszko* leistet in Krakau einer provisorischen Regierung den Treueid.

Der mit dem Namen dieses Mannes verknüpfte Aufstand richtete sich gegen Rußland, in dem die Polen den eigentlichen Gegner ihres Staates erkannt hatten. Kościuszko siegt bei *Racławice* (berühmtes Freskengemälde dieser Schlacht im sogenannten „Panorama von Racławice“ in Lemberg) am 4. IV., wodurch in Warschau und Wilna Aufstände ausbrechen.

1794 X 10 Kościuszko bei Maciejowice von *Suworow* geschlagen und gefangen. Suworow erobert Warschau.

1795 I 3 Vertrag zwischen Rußland und Österreich über eine vollständige Teilung Polens, der erst im August 1795 Berlin mitgeteilt wird.

1795 X 24 Dritte Teilung Polens zwischen Rußland, Österreich und Preußen.

Preußen erhält alle Gebiete, die östlich von Njemen, Bug, Weichsel und Piliza umschlossen sind, dazu die Hauptstadt Warschau (etwa

55 000 km²), *Österreich* das Land zwischen Bug, Weichsel und Piliza mit Krakau (rund 46 000 km²), *Rußland* den Rest (fast 112 000 km²).

Stanislaus August dankt ab (gest. 12. 2. 1798).

Zahlreiche polnische Patrioten stellen sich nach dem vergeblichen Versuch, eine Personalunion für ihr Land mit Preußen zu erzielen, in den Dienst Frankreichs, in der Hoffnung, so eine Selbständigkeit Polens wiedererreichen zu können.

1807—1815 NAPOLEONISCHE ZEIT

1807 Die Niederlage gegen Napoleon bringt Preußen im Tilsiter Frieden den Verlust seiner polnischen Erwerbungen aus den Teilungen mit Ausnahme Westpreußens, jedoch ohne Danzig, Thorn und Kulm. Napoleon gründet das Herzogtum Warschau unter König Friedrich August von Sachsen.

Danzig wird Republik (man beachte die Parallelität der Versailler Bestrebungen!), kommt aber 1814 an Preußen zurück.

1809 *Westgalizien* mit Krakau nach den Siegen Napoleons über Österreich dem Herzogtum Warschau angegliedert.

1812 Unter starker polnischer Beteiligung Feldzug Napoleons gegen Rußland. Seine Katastrophe bei *Moskau*.

1815 IV 21 Verträge Rußlands mit Preußen und Österreich über die Aufteilung des Herzogtums *Warschau*.

V 3 Proklamierung *Krakaus* als „*Freie Stadt*".

Rußland hat nun den größten Teil Polens (etwa 82%) unter seiner Kontrolle („Kongreßpolen"), *Österreich* mit dem wertvollen Galizien über 10% des ehemaligen polnischen Staatsgebiets, *Preußen* nur etwa 8%, aber für seine staatliche Konsolidierung außerordentlich wichtige Provinzen.
Die Grenzen bleiben bis zum Ausbruch des Weltkrieges unverändert; nur wird 1846 der „Freistaat Krakau" Österreich angegliedert.

DIE EPOCHE „RUSSISCH-POLEN"

1815 V 15 Der preußische König garantiert seinen polnischen Untertanen die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart.

1815 XI *Zar Alexander I.* — in Personalunion „König von Polen" — gibt dem Lande eine ziemlich liberale Verfassung.

Trotz dieser Haltung des russischen Zaren entwickeln sich die Keime zu den berühmten polnischen Aufständen.

Abgesehen von den in der *südpreußischen Zeit* (1793—1806) unter starker Förderung der preußischen Behörden in das Gebiet Großpolen, Kujawien, Masowien, Podlachien eingewanderten deutschen Bürgern und Handwerkern (vor allem Tuchmacher), für deren zahlenmäßige Feststellung uns reiches Quellenmaterial erhalten ist, vollzieht sich auch nach 1815 eine bedeutsame *deutsche Einwanderung* in *Kongreßpolen.*

Mehrere private Stadtgründungen der Zeit vor und nach 1800, in denen sich vor allem neue deutsche Siedler niederließen, beweisen die große deutsche kolonisatorische Leistung auch im Sinne des 19 Jh., vor allem durch die Entwicklung der wenigen Industriestädte des polnischen Raumes (Litzmannstadt [damals Łódż]). Die um 1821 entstandene Handwerkersiedlung Tomaschow erhielt am 8. September 1830 die Stadtrechte. Die 20er Jahre des 19. Jh. können als die größte Zeit der *deutschen Weber- und Tuchmachereinwanderung* in Polen bezeichnet werden.

1830 XI 29/30 bis 1831 Aufstand in Warschau.

1831 II 25 Niederlage der Polen bei *Grochów.*

1831 V 26 Die Polen unterliegen bei *Ostrolenka.*

1831 IX 8 Die Russen rücken in Warschau ein.

Die Niederschlagung des Aufstandes führt zu einer Massenemigration beteiligter Polen.

Verlust der eigenen Verwaltung und Armee.

1832 II 26 Zar *Nikolaus* hebt die politische Selbstverwaltung Kongreßpolens auf (jetzt „Zartum“).

Beginn der Russifizierungsepoche.

Aus der romantischen Stimmung der 30er Jahre entwickelt sich in Deutschland eine sachlich durchaus unbegründete *Polenschwärmerei*, die das Verständnis der meisten Deutschen für die realen Probleme des Ostens verdunkelt und sich politisch für das am meisten beteiligte Preußen ungünstig auswirkt.

Die Entwicklung der Stadt Łódż (Litzmannstadt) von einem unbedeutenden Ort zu einer Großstadt im Verlauf des 19. Jh. ist in erster Linie deutschem Unternehmergeist zu verdanken.

Neben dieser industriellen Einwanderung läuft die bäuerliche, die nicht nur im Litzmannstädter Raum, sondern vor allem im Cholmer

und Lubliner Land zahlreiche deutsche Siedler heimisch werden läßt (die Entsendung deutscher Siedler in den riesigen russischen Raum kann in diesem Zusammenhang nur angedeutet werden).

1830—41 Die Ära *Flottwell* in Posen.
Kunststraßenbau. Förderung des Schulwesens. Höhepunkt preußischer Verwaltung in diesem Raum.

1846 Ein Aufstand veranlaßt die Einverleibung des Freistaates Krakau in die Habsburger-Monarchie.

1848 Aufstände in Posen und Galizien.

1863 I bis 1864 IV Aufstand in Russisch-Polen.

1863 II 8 *Alvenslebensche Militärkonvention* in St. Petersburg mit Preußen. Sperrung der preußischen Grenze.

(Bismarcks Ablehnung eines unabhängigen Polen, weil er klar die Absichten der Westmächte, vor allem Frankreichs, hinsichtlich der Schaffung eines selbständigen Polen erkannt hatte. Scharfsinnig wies er auf den Zusammenhang zwischen der französischen Rheinpolitik und den Versprechungen Napoleons III. an die Polen hin: „Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer französischen Armee in der Weichselposition."

Die polnische Frage konnte vor allem für Preußen und Deutschland im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Rußland zu einer akuten Gefahr werden, weil durch die massenhafte Westwanderung Deutscher aus Ostpreußen, Schlesien usw. nach den Industriestädten im Reich eine Entblößung der deutschen Ostflanke eintrat, die von einem Vordringen des Polentums in alle Kreise und Berufe begleitet war, eine Unterminierung, die von den leitenden Stellen mit Ausnahme Bismarcks (s. u. 1871—90) nicht genügend beachtet wurde.

1867/68 Auseinandersetzung um die Dezemberverfassung von 1867 für Galizien. Das Polnische wird Amtssprache in Verwaltung und Gericht.

1869/70 Fortgang der Russifizierungsmaßnahmen in Russisch-Polen. Das „Zartum" wird ein „Generalgouvernement Weichselland".

1871—90 Die Bismarcksche Epoche in der Polenpolitik.

Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, Deutsch Lehrsprache für die Volksschulen usw. Die Kulturkampfstimmung wird von der polnischen Intelligenz ausgenützt, um Bundesgenossen im Reich zu gewinnen.

1872 Gründung der Akademie der Wissenschaften in Krakau.

Erstmalig tritt nun auch eine nationale polnische Malerei in Erscheinung, die es aber zumeist als ihre Aufgabe betrachtet, in dem schwülstigen Stil der Zeit mit stark antideutscher Spitze die nationale Vergangenheit legendär darzustellen und zu verherrlichen. Bedeutendes leistet dagegen vor allem die *Landschaftsmalerei.*

1887 VIII Gründung der „Liga Polska" in der Schweiz. Anfänge der „*Nationaldemokratie*".

1893 Gründung der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.).

1894 Gründung des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken.

1905 Unruhen in Russisch-Polen (Sozialdemokratie).

1908 Auf dem panslawischen Kongreß in Prag tritt *Roman Dmowski* (Nationaldemokrat) für russische Führung des Slawentums ein.

1908 III 20 Bodengesetz in Posen zur Stärkung deutscher Niederlassungen.

Trotz dieser und anderer staatlicher Maßnahmen hat das Polentum im Kampf um den Bodenbesitz bis zum Ausbruch des Weltkrieges in den meisten Gegenden im Verhältnis zur deutschen Hand einen Gewinn erzielen können (Auswirkung des polnischen Genossenschaftswesens usw.).

Der Ausbruch des Weltkrieges gibt den Polen die Möglichkeit, ihre Pläne zur Errichtung eines selbständigen Staates zu verfolgen. Zwar stehen zunächst polnische Legionen im Kampf gegen Rußland (auch *Pilsudski* befehligte eine polnische Legion); aber mit den wachsenden Schwierigkeiten für die Mittelmächte
1916 XI 5 steigen die polnischen Aspirationen ins Ungemessene, denen auch die *Proklamation eines* unabhängigen *polnischen Königreichs* keine Erfüllung bedeutet.

1917 *Pilsudski* wegen persönlicher Eidesverweigerung und der von Legionstruppen auf die Kaiser von Österreich und Deutschland am 9. Juli verhaftet und schließlich in *Magdeburg interniert.*

1917 VIII 15 Das „*polnische Nationalkomitee*" mit dem Sitz in Paris von *Dmowski* gegründet.

Der zunächst den polnischen Wünschen gegenüber sich reserviert verhaltende *Wilson* wird von den allen Tatsachen Hohn sprechenden und ganz im Sinne *Dmowskis* gehaltenen Berichten des amerikanischen Professors *Lord* für eine völlig unsinnige Lösung der Polenfrage gewonnen (besonders in der Frage der angeblichen Notwendigkeit eines polnischen Zugangs zum Meer und Oberschlesien).

1918 X 8 Abdankung des im Oktober 1917 eingesetzten *Regentschaftsrats.*

1918 X 28 Anschluß Galiziens an Polen, nachdem die Abgeordneten des Landes bereits am 15. Oktober sich als Untertanen des freien polnischen Staates erklärt hatten (vertraglich in *St. Germain* 10. 9. 1919).

1918 XI 11	Piłsudski kommt von Magdeburg zurück und übernimmt die Staatsgewalt.
	Beginn der Kämpfe mit den Ukrainern.
1918 XII 15	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Reich durch den neuen polnischen Staat.
1919 VI 3	Sitzung der amerikanischen Friedenskommission über die Zukunft der deutschen Ostmarken. *Lloyd George* setzt gegen *Wilson* und *Clemenceau* eine Volksabstimmung in Oberschlesien durch.
1919 VI 28	Unterzeichnung des Versailler Diktats.
	Westpreußen und *Posen* ohne jede Volksbefragung abgetrennt.
	Danzig „Freie Stadt".
	Der in Versailles geschaffene *polnische Staat* erhielt den Charakter eines ausgesprochenen *Nationalitätenstaates* und barg damit für die Zukunft schwerwiegende Probleme.
1919 VIII 18	Erster polnischer Aufstand in Oberschlesien.
1919—22	Der polnische „Konstitutions-Reichstag".
1920/21	Kämpfe mit Rußland.
1920 VIII 14-21	Sieg der Polen gegen die Bolschewisten bei Warschau.
1920 VII 5	Agrarreform
1920 VII 11	Die Abstimmung in Ostpreußen und 4 westpreußischen Kreisen des rechten Weichselufers ergibt ein überwältigendes Ergebnis für Deutschland (weit über 90 %).
1920 VIII 17-28	Zweiter polnischer Aufstand in Oberschlesien.
1920 X 9	Polnischer Handstreich auf *Wilna* gegen Völkerrecht und trotz Ablehnung des Völkerbundes (erst durch den Botschafterrat 1923 März 15 gebilligt).
1921	Verträge Polens mit Frankreich, Rumänien, Tschechoslowakei.
1921 III 17	Die polnische Märzverfassung nach französischem Vorbild.
1921 III 18	Im *Frieden zu Riga* erkennt Rußland Polens Ansprüche auf Ostgalizien an (bestätigt durch den Botschafterrat 1923 März 15).

1921 III 20 Volksabstimmung in Oberschlesien. Über 707000 Stimmen für Deutschland, noch nicht 480000 für Polen.

Da Polen auf rechtmäßigem Wege seine Okkupationsabsichten vereitelt sieht, greift es zum gewaltsamen Aufstand, seinem traditionellen letzten Mittel:

1921 V 3 Beginn des dritten polnischen Aufstands in Oberschlesien.

1921 V 21 Heldenhafte Kämpfe des deutschen Selbstschutzes: der *Annaberg* erstürmt.

1921 VII 5 Einmarsch internationaler Truppen in Oberschlesien.

1921 X 20 Trotzdem sich Oberschlesien mit fast ⅔ Mehrheit für Deutschland entschieden und für seine Freiheit heldenmütig gekämpft hatte (Symbol Annaberg!), wird es zwischen Deutschland und Polen geteilt (auch das *Teschener Schlesien* gelangt in den Besitz Polens).

Während Polen gegenüber Deutschland dank der *Hilfe* der *Westmächte*, vor allem Frankreichs, seine Ziele trotz heftigen deutschen Widerstandes (siehe Oberschlesien!) fast restlos erreichen kann, sind auch die Grenzen gegenüber Rußland und Litauen das Ergebnis langwieriger Kämpfe, wobei wieder die Mächte des Friedensdiktats Polen mehr und mehr freie Hand lassen.

1922 V 15 Deutsch-polnisches Sonderabkommen über den *Minderheitenschutz* in Oberschlesien, zu dem Polen durch die Friedensschlüsse verpflichtet ist.

1922 XII Piłsudski tritt zurück.

Der am 19. Dezember gewählte Staatspräsident *Narutowicz* bald darauf ermordet.

1924 Finanzreform in Polen.

Ende der Inflation und Einführung der Złotywährung.

1925 Konkordat Polens mit dem Vatikan.

1925 VII 1 Beginn des Zollkrieges mit Deutschland.

1925 VII bis VIII Ausweisung der deutschen Optanten durch Polen.

Fortsetzung der schon früher widerrechtlich begonnenen *Enteignung deutschen Besitzes* in Westpreußen und Posen (s. auch „Agrarreform“ Juli 1920).

Bis 1925 rund 790000 Deutsche zum Verlassen des neuen polnischen Staatsgebietes gezwungen.

1926 V 12-14 Militärischer Staatsstreich Piłsudskis und sein Kampf mit der Opposition.

Mościcki Staatspräsident.

1928 Der neue Sejm.
Daszyński Sejmmarschall.

1930 VI 29 Tagung der Opposition in Krakau. Ihre Führer in Brest gefangengesetzt (9. September).

1930 XI Wahlen zum dritten Sejm. Sieg der Partei Piłsudskis.
Piłsudski aus Gesundheitsrücksichten *zurückgetreten*.

1932 I 25 Nichtangriffspakt Polens mit Rußland.

1933 I 30 Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland.

Bis 1933 fast 1000000 Deutsche von den rund 2300000 in Polen zum Verlassen ihrer heimatlichen Sitze gezwungen.

DEUTSCHLAND UND POLEN SEIT DER MACHTÜBERNAHME DURCH DEN NATIONALSOZIALISMUS BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1939

1933 IV Deutschfeindliche *Ausschreitungen* in ganz Polen.

V 8 Mościcki zum zweitenmal Staatspräsident der polnischen Republik.

V 28 Neuwahlen in *Danzig*. Der Senat *nationalsozialistisch*.

XI 20-23 Ausschreitungen gegen Deutsche in Graudenz.

Mehrheit der NSDAP im Danziger Volkstag.

1934 I 26 Unterzeichnung der auf 10 Jahre befristeten *Nichtangriffserklärung* zwischen Deutschland und Polen in Berlin.

II 24 *Ratifikation* des Nichtangriffspaktes; Abschluß einer Pressevereinbarung.

III *Großenteignung* deutschstämmigen Besitzes (s. auch oben die sogenannten „Agrarreformen“).

III 7 *Zollabkommen* Deutschland-Polen.

III 14 Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Polen.

1934 *IV 23* Neue Verfassung in Polen.

X 26 Die *Gesandtschaften* in *Warschau* und *Berlin* werden zu *Botschaften* erhoben.

XI 28 *Greiser* Senatspräsident von Danzig (seit 1939 Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland).

1935 *I 31* Jagdbesuch Görings beim polnischen Staatspräsidenten.

II 24 Fortführung der „Agrarreform". Weiterer deutschstämmiger Besitz enteignet.

IV Polnische Kunstausstellung in Berlin.

IV 23 Eine neue polnische Verfassung erweitert die Machtbefugnisse des polnischen Präsidenten. Er ist nicht persönlich verantwortlich und kann über Krieg und Frieden entscheiden.

V 12 Piłsudski gestorben.
Sein Nachfolger wird General Edward Rydz-Śmigły (geb. 1886; seit 1937 Marschall).

V 19 Unterredung zwischen Außenminister *Beck* und *Göring* über die Fortführung des Verständigungskurses der deutsch-polnischen Politik

VII 3/4 Staatsbesuch Becks in Berlin.

XI 4 Deutsch-polnischer Wirtschaftsvertrag.

1936 *II 7* Polen beschränkt den Korridorverkehr.

II 12 Reichsminister *Dr. Frank* in Warschau.

II Weitere Enteignung deutschstämmigen Bodens.

VII 19 Großkundgebung gegen Danzig in Warschau.

VIII 12—16 Der französische Generalstabschef *Gamelin* in *Warschau.*

VIII 30 bis IX 5 *Rydz-Śmigły* in *Paris.*

XI 5—18 Polnische Veranstaltungen gegen Danzig und Deutschland.

XI 8—11 *Beck* in *London.*

XI 29 Abschluß des französisch-polnischen Anleiheabkommens (Rüstungsanleihe).

1937 II 12 Deutschland protestiert gegen *Grażyński.*

II 16 Göring zum Jagdbesuch in Polen. Besprechungen mit Rydz-Śmigły.

II 20 Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen verlängert.

II Weitere Enteignung deutschstämmigen Bodens durch die „Agrarreform“.

IV 8 Deutschland protestiert in Warschau wegen der *Werbewoche* des *Westverbandes* in *Graudenz.*

VI 28 Gründungsversammlung der polnisch-deutschen Gesellschaft in Warschau.

VII 14 Deutsch-polnische Vereinbarungen über Ostoberschlesien.

VII 30 Annahme der im *Sejm* beschlossenen scharfen *Gesetze* für *Oberschlesien* durch den Senat.

XI 5 Deutsch-polnische Minderheitenerklärung. Trotzdem geht die Unterdrückung in Oberschlesien weiter.

1938 I 12 Erklärung Becks über Danzig.

I 13—15 Beck in Berlin

III 19 *Litauen* nimmt das ihm gestellte *polnische Ultimatum* an.

IV 23 Ausstellung deutscher Bildhauer in Warschau.

V 14 Deutsch-polnisches Abkommen über unbeschränkten Korridorverkehr für 1939/40.

VII 1 Neuer deutsch-polnischer Wirtschaftsvertrag.

IX 30 *Polnisches Ultimatum* an *Prag.*

X 2 Polnische Truppen im *Olsagebiet.*

X 15 Übergabe der ersten deutschen Beschwerden über *Deutschenverfolgungen im Olsagebiet.*

X 24 Deutsches Angebot Danzig-Korridor.

XII 14—18 *Dr. Frank* in Warschau.

1939 I 5 Deutsches Angebot an Polen über friedliche Lösung des Korridorproblems usw. beim Besuch des Außenministers Beck in Berchtesgaden.

II Vom 24. an *deutschfeindliche Kundgebungen* in Polen.

II Über 45000 ha deutschstämmigen Besitzes enteignet.

III 21 Wiederholung des deutschen Angebotes an Polen.

III 26 *Polen lehnt ab.*

Deutschfeindliche Kundgebung in Bromberg.

III 31 *Englische Garantieerklärung* für Polen.

IV 2—8 Außenminister *Beck* in *London.*

IV 6 Veröffentlichung des englisch-polnischen Garantievertrages.

Deutsche Ablehnung des polnischen Memorandums vom 26. März.

IV 28 Der Führer bezeichnet die *deutsch-polnische Nichtangriffserklärung* als *gebrochen.*

V—VIII Ständige Steigerung der *polnischen Hetze* und Deutschenverfolgung.

VIII 29 Nochmaliges deutsches Angebot an Polen: Danzig soll ins Reich zurückkehren, eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn das Reich mit Ostpreußen verbinden. Ein *Nichtangriffspakt* soll den Frieden zwischen Polen und Deutschland auf 25 Jahre sichern.

VIII 30 Nach Ablehnung des deutschen Vorschlags polnische Gesamtmobilmachung und erste Beschießung deutschen Gebiets.

IX 1 Die deutsche Armee antwortet mit den gleichen Waffen (in den Worten des Führers: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen").

DAS GENERALGOUVERNEMENT

1939 IX In einem Feldzug von 18 Tagen wird die hochgerüstete polnische Armee zerschlagen, über 450000 Gefangene und zahlreiche Beute gemacht.

IX 17 Rydz-Śmigły und die polnische Regierung fliehen über die rumänische Grenze.

1939 IX 27 Kapitulation Warschaus.

X 2 Einzug in Warschau.

X 25 Die *Militärverwaltung* in den besetzten polnischen Gebieten *beendet.*

X 26 Die Erlasse des Führers vom 8.-12. Oktober 1939 treten in Kraft.

Die *Westgebiete* der ehemaligen polnischen Republik und die Freie Stadt Danzig kehren als *Reichsgaue* Westpreußen (mit Danzig als Hauptstadt) und *Wartheland* (Hauptstadt Posen) ins Reich zurück, dazu Ostoberschlesien; der Zipfel von *Suwalki* und das Gebiet des heutigen Regierungsbezirks *Zichenau* kommen an *Ostpreußen. Wilna* wird wieder litauisch. Die übrigen von deutschen Truppen besetzten Gebiete werden dem zum *Generalgouverneur* bestellten Reichsminister Dr. Frank als „Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete" unterstellt. Das *Generalgouvernement* ist „ein in die Verwaltung des Deutschen Reiches übernommenes Gebiet", ein „*Nebenland des Reiches*". (Nach: „Übersicht über das Recht des Generalgouvernements nach dem Stande vom 1. Januar 1943" bearbeitet von Ministerialrat Dr. Albert Weh).

1940 IV 20 Gründung des Instituts für Deutsche Ostarbeit in Krakau (Sitz: Die alte Universität in der Annagasse).

V 19 Generalgouverneur Dr. *Frank* übergibt in der Marienburg dem Gauleiter und Reichsstatthalter des Reichsgaues Danzig-Westpreußen, *Forster,* die in Krakau in polnischer Zeit nachgebildeten ruhmvollen Fahnen des Deutschen Ritterordens.

VII 30 Die Umschreibung „für die besetzten polnischen Gebiete" fällt weg. Es heißt in Zukunft nur noch: „*Generalgouvernement*" und „Generalgouverneur".

1941 VIII 1 Angliederung des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement (Führererlasse vom 17. und 22. Juli 1941).

DIE ZUSAMMENHÄNGE DER POSENER POLNISCHEN AUFSTANDSVERSUCHE MIT KRAKAU UND GALIZIEN NACH 1830/31[1])

VON PROFESSOR DR. MANFRED LAUBERT, BERLIN

Während der Novemberaufstand von 1830 sich bloß gegen Rußland richtete, weisen die polnischen Umtriebe der 30er Jahre enge Beziehungen zwischen allen drei Teilgebieten auf, wobei die unglückliche Schöpfung des Freistaats Krakau nicht nur als Schmuggelzentrale, sondern auch als politischer Brennpunkt aller Unruhestifter eine besonders wichtige Rolle spielte und unaufhörliche Konflikte hervorrief. Unter anderem erschwerte die dortige leichtfertige Ausstellung gefälschter Pässe die Beaufsichtigung der Emigranten und Emissäre, wie die Ergreifung eines solchen zum Zweck von Geldsammlungen nach Posen gelangten Aug. Sułkowski 1832 zeigte. Der preußische Resident v. Knobelsdorff wurde daher mit sorgsamer Überprüfung beauftragt (d. Min. d. Inneren Frh. v. Brenn an d. Min. d. Ausw. Ancillon 30. 9.). Andererseits waren nach Aussage eines Emigranten in Galizien herumreisende Sendboten wie Szatkowski und Ordon mit Pässen der Posener Regierung versehen, und auch der berüchtigte Leon Zaleski besaß einen solchen auf den Namen Michailowski. Der Oberpräsident Flottwell sollte möglichst ermitteln, auf welche Legitimation hin die Ausstellung erfolgt war, denn wenn der Minister auch annehmen durfte, daß nach der eingetretenen Reorganisation der Posener Paß- und Polizeibehörden derartige Verstöße sich nicht wiederholen würden, so erweckte es jedenfalls einen „sehr übelen Eindruck", wenn Störer der öffentlichen Ruhe ihre verbrecherischen Pläne mit Ausweisen preußischen Ursprungs verfolgten (Justizmin. v. Mühler i. V. v. Brenns Nachfolger v. Rochow an Flottw. 22.8.). Dies um so mehr, weil jeder nicht amnestierte Auswanderer beim Besuch Krakaus die Genehmigung aller drei Mächte einholen mußte.

1832 wurde bereits von russischer Seite ein enges Zusammenarbeiten mit Preußen angeregt, und in dem Vertrag von Münchengrätz trat Österreich am 19. 9. 1835 den damals getroffenen Verabredungen bei, eine Reaktion auf die polnischen Aufstandsversuche von 1833, bei denen Banden von Galizien und Preußen aus nach Russisch-Polen einbrachen[2]). Die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens erhärtete weiter die rasch aufeinander folgende Ermordung der Geheimagenten Cellak und Pawłowski in Krakau 1836[3]). Die Begleiterscheinungen bei des letzteren Tode

[1]) Nach A. A. IV. Polizeis. 180, 195 u. 222 Bd. I/II; Rep. 77. 503. 14 Bd. II u. 509. 25. Bd. IV. bzw. Oberpräsidialakten IX. B. c. 7, u. 15 Ca 16 u. unregistrierte Akten Nr. 44 Bd. I, 84 u. 176 in d. Staatsarchiven zu Bln. u. Posen.

[2]) Vgl. Laubert: D. Versuch einer preußisch-russ. Zusammenarbeit zur Abwehr der poln. Propaganda 1832. Zs. d. Ver. f. Gesch. Schlesiens. Bd. 69. 298 ff. u. D. Prov. Posen u. d. poln. Aufstandsversuche von 1833. Dt. Monatshefte. Jg. 6 1940. 285 ff.

[3]) Vgl. M. Szarota: D. letzten Tage d. Republik Krakau. Brsl. 1911. 39. Über den am 7. 1. getöteten Pawłowski vgl. Laubert in Niederlaus. Mtt. Bd. 28. 21 ff.

ließen „keinen Zweifel übrig", daß er ein Opfer politischer Rachsucht war (Roch. an Flottw. 19. 1.; Flottw. an d. Landräte 30. 1. mit dem Auftrag, nach etwaigen Benutzern des P. vermutlich entwendeten Passes zu fahnden).

Diese Vorgänge nahmen die Schutzmächte zum Vorwand, um ihre Truppen in den Freistaat einrücken zu lassen. Den Befehl über das Gesamtkontingent übernahm Feldwachtmeister Franz Kaufmann v. Trauensteinburg, wie es denn die Wiener Hofburg überhaupt verstand, sich bei allen Krakau betreffenden Angelegenheiten die Führung zu sichern. In einem Aufruf v. 17. 2. gab Kaufmann den Bürgern den Zweck der militärischen Operation bekannt:

Die Schützer des Freistaats haben in Erwägung der Unordnungen, Gewalttätigkeiten, ja selbst Verbrechen, die neuerlich die Ruhe dieser Stadt und deren friedliche Bewohner gestört haben, in Erwägung, daß es auf „eine unwidersprechliche Art dargetan" ist, wie alle diese Untaten jenen Flüchtlingen, revolutionären Emissären zugeschrieben werden müssen, die sich in letzter Zeit zahlreich in der Stadt angesammelt haben, ferner in Erwägung der Pflichten, die ihre Eigenschaft als Beschützer des Freistaats ihnen auferlegen, und von der Notwendigkeit durchdrungen, einem regellosen Zustand ein Ziel zu setzen, der ebensosehr die Ruhe dieser Stadt wie die der angrenzenden Provinzen bedroht, in Erwägung endlich, daß die Regierung Krakaus ungeachtet der ihr großmütig angebotenen Mittel dennoch der gemäß Art. 9 der Wiener Kongreßakte an sie ergangenen Aufforderung wegen Ausweisung der auf ihrem Gebiet angehäuften Flüchtlinge und dem Gesetz verfallenen Menschen von selbst nicht gehörig Genüge geleistet hat, obgleich nach eben diesem Artikel sogar deren Auslieferung hätte verlangt werden können[4]), und daß besagte Regierung demzufolge die Bedingungen, an welche die Neutralität dieses Fürstentums geknüpft worden war, unerfüllt gelassen, sich zu dem Entschluß genötigt gesehen, durch ihre eigenen Kräfte eine Maßregel zu vollziehen, die sie als unerläßlich erkannt haben, um den friedlichen Bewohnern die frühere Ruhe zu verschaffen und um ihre eigenen Grenzprovinzen vor den revolutionären Umtrieben zu bewahren, deren Herd der Freistaat geworden war. „Ausschließlich zur Erreichung dieses Endzwecks" rückten die meinem Oberbefehl anvertrauten Truppen in das Stadtgebiet ein. „Da es ihre erste und einzige Bestimmung ist, Ruhe und Sicherheit ... herzustellen und auch für die Zukunft zu sichern", glaube ich zuversichtlich darauf zählen zu können, daß sie von den Bürgern mit Vertrauen und Zuvorkommenheit werden empfangen werden. Ich werde meinerseits auf strengste Manneszucht halten. Sobald der Erfolg eingetreten ist, Stadt und Gebiet von Krakau von den dort angehäuften gefährlichen Menschen befreit sein werden, hat die gegenwärtige militärische Besetzung ihr Ziel erreicht, und die Truppen werden wieder abrücken. Inzwischen erleidet die Wirksamkeit der administrativen und richterlichen Behörden keine Unterbrechung, „jedoch versteht es sich von selbst, daß sie in den die öffentliche Sicherheit und die Reinigung des Gebiets ... von den eingedrungenen Flüchtlingen betreffenden Maßregeln der Militärmacht unterstellt sind, welche für die Dauer der gegenwärtigen Umstände von den hohen verbündeten Mächten damit insbesondere beauftragt wurden".

Der regierende Senat „des freien und durchaus neutralen Freistaaats Krakau inklusive seiner Kreise" mußte am selben Tage bekanntgeben, es sei Wille der drei Höfe, daß alle an dem Aufstand von 1830/31 beteiligten ohne rechtmäßigen Auswanderungspaß im Freistaat befindlichen Flüchtlinge dessen Gebiet unverzüglich verließen und sich binnen 6 Tagen in Podgórze zur Legitimation meldeten. Wer die Erlaubnis zum

---

[4]) Schlußakte v. 9. 6. 1815. Die drei Mächte nahmen darin die Neutralität der Freien Stadt unter ihre Garantie. „En revanche, il est entendu et expressément stipulé, qu'il ne pourra être accordé dans la ville libre et sur le territoire de Krakovie aucun asile ou protection à des transfuges, déserteurs, ou gens poursuivis par la loi, appartenant aux pays de l'une ou de l'autre des hautes puissances susdites, et que, sur la demande d'extradition ... de tels individus seront arrétés et livrés sans delai."

Verbleib nachweisen konnte, sollte von den zur Entscheidung autorisierten österreichischen Behörden wieder entlassen, der Rest zum Abschub nach Amerika bestimmt werden. Hiervon waren Personen in militärischer oder ziviler Funktion keineswegs ausgenommen. Andern Falles wurden Zwangsmittel gegen sie angedroht, doch erwartete der Senat, daß sich jeder geduldig in sein Schicksal finden, sich dadurch den Weg zu einer künftigen Anstellung erleichtern und dem Freistaat unangenehme Folgen ersparen werde.

Da aber freiwillig nur zwei Individuen der Aufforderung genügten, wurden mehrers Refugies verhaftet. Die Zahl der bisher unter verschiedenen Vorwänden verbliebenen eingeschlichenen Leute wurde indessen auf 1300 bis 3000 geschätzt. Sie sollten im Besitz von Waffen und Munition gewesen sein und einen Einfall in Schlesien geplant haben. Der zurückgezogen in Krakau lebende Exdiktator General v. Chłopicki hatte angeblich die wahnsinnigen Projekte der Revolutionäre verraten, sich bald nach Ausbruch der Unruhen heimlich entfernt und unter österreichischen Schutz gestellt. Die Aufregung der Bürgerschaft war groß, doch die Ruhe nicht wieder gestört worden. Die schlesische Grenze war durch zwei Schwadronen der 2. Ulanen besetzt, und die 6. Husaren standen alarmbereit (Landrat v. Tieschowitz-Adelnau aus Rokittnitz b. Tarnowitz an Flottw. 22. 2.).

Diese Vorgänge ließen den Übertritt verdächtiger Elemente nach Preußen befürchten, weshalb Flottwell die Landräte zu genauesten Vorsichtsmaßregeln gegen deren Einschleichen anwies. Von den Beamten wurde die Prüfung etwaiger Papiere mit pflichtmäßiger Strenge und Ablieferung Verdächtiger an das Posener Polizeidirektorium, doch mit der ihren Verhältnissen schuldigen Achtung und Schonung erwartet (Runderlaß 25. 2.). Friedrich Wilhelm III. ordnete an, daß keinem aus Krakau kommenden Menschen der Aufenthalt in der Provinz Posen und auch bei völliger Legitimation nur die Durchreise auf vorgeschriebenem Wege gestattet wurde (Roch. an Flottw. 24. 2.). Der schlesische Oberpräsident v. Merckel wollte das Reskript vom 24. 2. nur auf die durch die militärische Besetzung zum Verlassen der Stadt gezwungenen Männer, Flottwell aber auf alle Reisenden anwenden. Hingegen waren sich beide Präsidenten darin einig, daß in ihren Provinzen beheimatete Leute nicht unter den Erlaß fielen (F. an M. 5. 3. auf Schr. 2. 3.).

Am 7. 3. stellte Tieschowitz die gerüchtweise auf 40000 Mann veranschlagte Stärke der Besatzungstruppen richtig (je 2000 Russen und Österreicher und 3 preußische Ulanenschwadronen, denen der Rest des Regiments folgen sollte). Der beabsichtigte Zweck war noch nicht vollständig erreicht und erst, hauptsächlich durch gewaltsame Abführung, in Podgórze der Transport von etwa 800 Leuten in die Neue Welt vorbereitet. Der Rest versuchte auf verschiedenen Wegen den Behörden zu entgehen, unter anderem durch gefälschte Atteste über ihre hiesige Geburt und Nichtteilnahme an der Insurrektion. Da die meisten Einwohner ihm durchzuhelfen bemüht waren, hatte Kaufmann unter Androhung strenger Strafen vor jeder Verheimlichung gewarnt und den Ausstellern unrichtiger Bescheinigungen harte Sühne, den Benutzern

Ahndung nach den Landesgesetzen und nachherige Auslieferung an ihr Heimatland angekündigt (Reskr. 18. 2.). Unverbürgten Nachrichten zufolge hatte sich eine bewaffnete Flüchtlingsschar den Truppen widersetzt, war aber zersprengt worden. Die drei ergriffenen Führer waren kriegsgerichtlich erschossen, die übrigen nach Galizien entwischt. Nach glaubhaften Nachrichten hatte namentlich der jetzt zur Amtsniederlegung genötigte Senatspräsident Wielogłowski das zweideutige Benehmen der Krakauer Regierung verschuldet.

Die Häupter mehrerer der Teilnahme an revolutionären Verbindungen verdächtiger Krakauer Studenten, Emil Tarło und Böm, konnten zwar flüchten, aber bei einem verhafteten Jos. Grzymalski fand man einen chiffrierten Aufruf v. 14. 3. mit der Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit einer Verbindung: „Slavische Republikaner", unterzeichnet: Bogumil Krzew, und ein Sendschreiben Böms an den Bezirksverein (Zbór obwodowy) in Gnesen, das den Umsturz der bestehenden Ordnung und die Völkerbefreiung vom angeblichen Joch der Tyrannei und Aristokratie predigte und Neuaufnahmen in den „Bund des polnischen Volks" (Stowarzyszenie Ludu polskiego) meldete. Obwohl Grzymalski standhaft die Kenntnis von den Geheimnissen des Bundes und einem Ableger in G. leugnete und es keine andere Spur von einer Kommunikation zwischen Krakauer und Gnesener Verbündeten gab, glaubten die Behörden doch auf eine solche schließen zu müssen. Der zuerst benachrichtigte Kommandierende General v. Grolman in Posen beauftragte den Bataillonskommandeur v. Lupinski mit diskreter Verfolgung der Angelegenheit. Den Kriegsminister verwies er auf „die unverantwortliche Anstellung" des kein Vertrauen erweckenden Landrats v. Wolański und stellte ein Einschreiten gegen ihn anheim, wozu gerade Gnesen als Mittelpunkt des am schlechtesten gesinnten Teils der Provinz vorzugsweise Veranlassung bot (an Flottw. 31. 3.)[5]). Doch der Ende April mit Beobachtung des politischen Treibens bei dem großen Gnesener Pferdemarkt betraute tüchtige Landrat v. Greveniz-Wreschen entdeckte von den vermuteten Versammlungen exaltierter Gutsbesitzer keine Spur. Auch aus Polen kamen bloß harmlose Leute. Bei den Gesellschaften der höheren Geistlichkeit und Wolańskis überzeugte sich v. G. von der ruhigen Haltung der oberen Bevölkerungsschicht in der Gegend (an Vizepräs. Leo 28. 4. auf Verf. 23. 4.).

Als aber ein in Neustadt b. Pinne wegen mangelnder Legitimation ergriffener Schornsteinfegergeselle Hieron. Breyer[6]) vorgab, Krakau mit dem polnischen Offizier a. D. Białkowski beim Einmarsch verlassen zu haben, erteilte Flottwell den Landräten am 16. 5. einen Fahndungsbefehl und ließ den Postverkehr zwischen dort und der Gnesener Gegend überwachen, wie andererseits der preußische Resident Hartmann in Krakau bat, ihm die Empfänger der aus Gnesen kommenden Briefe mitzuteilen. Wie der frühere Gnesener Landratsamtsverweser v. Gumpert, mißtraute

---

[5]) Über v. W. vgl. Laubert in Dt. Wissenschaftl. Zs. f. Polen H. 13. 88—109.

[6]) Der als verdächtig geltende B. konnte sein preuß. Untertanenverhältnis nicht nachweisen und daher in der Provinz nicht geduldet werden. Er wurde mit Zwangspaß nach Kalisch abgeschoben, doch nach 8 Tagen von da zurücktransportiert, so daß gegen ihn als fremden Vagabunden weitere Maßnahme zu treffen war (Flottw. an Reg. I. in Posen 12. 8.).

der Oberpräsident drei Geistlichen des Franziskanerklosters, Konditor Tyrankiewicz, Frau v. Moszczeńska-Przysieka, Schwester des Obersten v. Krasicki-Malczewo (Kr. Gnesen), die einen Sohn in K. hatte, und Graf Wołłowicz als Revolutionsteilnehmer. Aber zu einem Einschreiten fehlte es für jetzt an jedem Anhaltspunkt. Da niemand in Gnesen mit Beaufsichtigung dieser Personen betraut werden konnte, blieb als einziger Weg zur Weiterverfolgung der Sache die Öffnung ihrer Korrespondenz (an Roch. 12. 9.). Am 12. 11. mußte Flottwell dem Residenten indessen erwidern, daß greifbare Ergebnisse nicht vorlägen und der Minister der Briefkontrolle keine Folge gegeben habe.

Verstärkt wurden die Verdachtsmomente weiter durch die Aussage des von Krakau nach Warschau ausgelieferten Flüchtlings Jos. Kurczewski, daß die verbreitete Verbindung: „Einheits- oder Individualitätsbund“ (Związek pojedynczy) auch im Posenschen Fuß gefaßt habe. Bei Mitteilung hiervon an Flottwell bemerkte der galizische Gubernator, Baron Krieg[7]), zu einigen von Kurczewski genannten Persönlichkeiten: Gegen den in Galizien begüterten Matth. Grafen Zamoyski (†1852) waren gewichtige Beschuldigungen laut geworden wegen Unterstützung des Emissars Zaliwski, inniger Beziehungen zum Carbonarismus usw., doch lag noch kein Untersuchungsergebnis vor. Leon Zaleskis Teilnahme an dem Plan zur Ermordung des Zaren von 1835 und seine Zugehörigkeit zum „Jungen Polen“ waren bekannt. Angeblich war er im Juni aus Paris mit einem Paß auf den Namen Debosque in Deutschland angelangt.

Flottwell bezeichnete indessen auch die Aussagen von Kurczewski als so unbestimmt, daß sie zum Einschreiten keine Unterlage boten. Eine genauere Vernehmung konnte nur Fürst Paskiewitsch veranlassen, und dabei machte Kurczewski keine näheren Angaben, da er die Mitgliedschaft der drei Posener Einsassen nur aus den Umständen folgern zu müssen geglaubt hatte (Warschauer Protok. 16./30. 12.). Deshalb wollte der Oberpräsident auf sein „Gewebe lügenhafter Behauptungen“ keine weiteren Schritte begründen (an Roch. 21. 2. 1837). Das Ergebnis war mithin ebenso negativ wie bei dem Ende 1836 auf freien Fuß gesetzten Grzymalski und Gnesen offenbar ein zur Verwischung der richtigen Spur erdichteter Name (Flottw. an Roch. 29. 12. 1836).

Doch das Interesse an den Vorgängen in Galizien blieb wach. Bei dem zeitlichen Zusammenfall wichtiger Untersuchungen dort und in Posen entsandte die zu ihrer Verfolgung eingesetzte Berliner Ministerialkommission im Herbst 1837 wegen der vom Kammergericht gewünschten Vernehmungen in Lemberg den mit der Sachlage genau vertrauten Stadtgerichtsrat Sulzer als Kommissar zur Auswertung der dortigen Akten an Ort und Stelle. Den Rückweg sollte er zu gleichem Zweck über Warschau nehmen. Minister und Kammergericht erkannten sowohl in rechtlicher wie staatspolitischer Beziehung die Notwendigkeit, die zur Störung der öffentlichen Ordnung in den vormals polnischen Provinzen gereichenden Umtriebe möglichst vollständig

---

[7]) Franz Frhr. Krieg v. Hochfelden 1776—1856; 1831—1847 Gubernialpräs. i. Lemberg.

zu ermitteln, da überdies die ergehenden Requisitionen von Lemberg aus, wo anscheinend viele z. T. geständige Emissäre in Untersuchung waren, nur spärlich beantwortet wurden. Metternich bot zu der Sendung bereitwillig die Hand, nachdem schon ein russischer Kommissar die Akten durchgesehen hatte, und auch das Präsidium der obersten Justizbehörde in Wien erachtete deren vollständige Kenntnis für die preußische Regierung als wünschenswert. Auf einen befremdenden Einspruch des Kammergerichts wegen zu großer Verzögerung der Untersuchungen konnte die Ministerialkommission bei den sonstigen, deren Abschluß noch entgegenstehenden Hindernissen keine Rücksicht nehmen. Auch ließ sich im jetzigen Stadium das Anerbieten des österreichischen Staatskanzlers und der Wiener Justizbehörde nicht mehr abweisen, während früher, als der Verhandlung mit der Wiener Regierung noch eine andere Wendung hätte gegeben werden können, das Gericht nicht die mindeste Einwendung erhoben hatte.

Des Königs Ratgeber, Geheimrat v. Stägemann, betonte nunmehr, daß das hauptsächlich gegen Ludw. v. Sczaniecki gerichtete Verfahren sich zwar sehr in die Länge ziehen würde, wenn der Erfolg von Sulzers Sendung abgewartet wurde, doch nach Ansicht des Kammergerichts die davon abhängige Untersuchung von den beiden gegen v. S. schwebenden, im wesentlichen geschlossenen füglich abgetrennt werden konnte. Der Monarch war hiermit einverstanden. Er fand es „dringend erforderlich", von der Justizverwaltung den Vorwurf einer Verzögerung von Kriminalprozessen abzuwenden, da nicht zu bezweifeln war, daß eine solche bei dem Verfahren gegen Regierungsrat Szuman[8]) und die jetzt auf ungewöhnliche Weise dem gegen v. S. drohende die Aufmerksamkeit der Polen erregen und zu Unzufriedenheit und Mißdeutungen Ursache geben würde. Durch Beauftragung Sulzers wurde beabsichtigt, bei der Untersuchung betr. den Posener Carbonarismus Data zu ermitteln, durch welche der noch mangelhafte Beweis der Teilnahme Sczanieckis und Gen. „an der hochverräterischen Verbindung" verstärkt und die richterliche Entscheidung vollständiger begründet wurde. Ein wesentliches Hindernis gegen die Trennung der Sache Sczanieckis von der der übrigen Mitschuldigen, die des nämlichen Verbrechens, aber nicht als eines gemeinsam mit ihm verübten angeklagt waren, schien nicht vorzuliegen. Es konnte also, auch gemäß § 446 der Kriminalordnung, die Sentenz gegen v. S. abgefaßt werden. Sofern bloß eine Lossprechung von der Instanz erfolgen sollte, so hatte bei neuer erheblicher Belastung durch die Warschauer oder Lemberger Akten die Wiederaufnahme der Untersuchung gesetzlich kein Bedenken. Die Minister wurden deshalb veranlaßt, nach Vereinbarung mit dem Kammergericht zur endgültigen Entscheidung des Königs ihm wieder zu berichten. Sulzer sollte zu möglichster Beschleunigung seines Auftrags angehalten werden.

Allein das Kammergericht verneinte die Möglichkeit, schon jetzt gegen v. S. getrennt zu erkennen, und die Minister schlossen sich dieser Meinung an. Zudem war für die Förderung des Verfahrens nach Möglichkeit gesorgt. Sie hatten auch den Fortfall von Sulzers Abstecher nach Warschau angeregt. Dagegen hatte das Kammergericht

---

[8]) Das mehrere Jahre beanspruchende Verfahren gegen Regrat Pantaleon S. von d. Posener Generalkommission endete in 2. Instanz mit vorläufiger Freisprechung.

die Einsicht der Lemberger Akten als das einzige erschöpfende Auskunftsmittel zur Ausfüllung der mehrfach von ihm beobachteten Untersuchungslücken bei der Konnexität der dort und in Posen ermittelten Tatsachen bezeichnet (Imm. Ber. d. Ministerialkomm. 21. 9. u. 9. 11.; Kab. Ordre 4. 10. 1837).

Sulzer berichtete am 8. 12. der Ministerialkommission, am 14. dem Kammergericht über die Ergebnisse seiner Reise. Über neue kürzlich in Galizien entdeckte Umtriebe hatte er sich aus den bereitwillig geöffneten Akten des Generalgouverneurs, Erzherzogs Ferdinand[9]), informieren können. Hiernach war die revolutionäre Partei der polnischen Emigration seit 1835 fortwährend bemüht, durch Stiftung geheimer Verbindungen, Aussendung von Emissären, Verbreitung aufrührerischer Schriften die polnischen Provinzen zu bearbeiten, um, wenn politische Ereignisse es ratsam erscheinen lassen sollten, auf einen bewaffneten Aufstand rechnen zu können. In Galizien waren diese Werbungen nicht erfolglos geblieben. Ende 1836 wurden bei einem aus Paris signalisierten Emissär die Satzungen des Vereins des polnischen Volks für die Wiederherstellung der Republik Polen gefunden, der zwei Spezialverbindungen unter sich hatte, einen Frauen- und einen Bauernbund, beide statutenmäßig organisiert. Der Bund der Frauen sollte die Grundsätze des Vereins im häuslichen und geselligen Kreise durch Schriftenpropaganda sowie Milde gegen Gesinde und Bauern praktisch befolgen, der Bund der Bauern diese bewaffnen und zu einem Aufstand gegen innere und äußere Feinde Polens vorbereiten. Alle diese Verbindungen unterstanden dem Zentralkomitee im Ausland, das den Zusammenhang mit den Komitees im Land durch Schriftverkehr und Sendboten wahrte. Diese Vereine hatten ihre erfolgreiche Wirksamkeit neuerdings durch Bauernaufstände, namentlich im Kr. Tarnopol, erwiesen. Auch im Kr. Bochnia waren Unregelmäßigkeiten vorgefallen. Zahlreiche Verhaftungen hatten schon zu Mangel an Gefängnissen geführt. In Tarnów waren die Tumulte so ernst, daß kein Soldat mehr unbewehrt ausgehen durfte. Im Kr. Bochnia hatten schon 4 Personen eingestanden, zu einer aufrührerischen Bewegung im kommenden Frühjahr aufgewiegelt worden zu sein.

Spuren dieser Geheimbünde aus der Provinz Posen lagen in Lemberg nicht vor. Doch ein in Galizien gefundener Chiffreschlüssel stimmte genau mit einem solchen in der Chełmnoer Brieftasche überein[10]). „Auch darf im allgemeinen gar nicht bezweifelt werden, daß, wenn für die Wiederherstellung eines polnischen Reiches Machinationen im Gange sind, solche sich auch auf die diesseitige Provinz Posen erstrecken werden, und wir haben uns daher bei der möglichen Einwirkung der Unordnungen in Galizien auf diesseitige Verhältnisse im Posenschen verpflichtet gehalten, sofort ...eine Mitteilung dem Oberpräsidenten Flottwell zu machen.“ Rochow hatte auf die Kunde vom Aufbruch bekannter Emissäre aus Paris und London Verfügung zu ihrer Unschädlichmachung beim Berühren preußischen Bodens erlassen. Er erachtete sich um so mehr verbunden, dem polnischen Treiben größte Aufmerksamkeit zu widmen, „als von den verschiedensten Seiten her Anzeigen über eine erhöhte Lebhaftigkeit

---

[9]) Erzherzog Ferdinand d’Este, 1832 General- u. Zivilgouverneur in Galizien, resignierte 1846.

[10]) Bei Ch. (Kr. Samter) wurde eine geheimnisvolle Brieftasche gefunden, ihr Besitzer indessen niemals ermittelt.

dieses Treibens im gegenwärtigen Momente eingehen und die neuerlichen Kammerverhandlungen in Paris über die polnischen und Krakauer Verhältnisse[11]) nur dazu beitragen dürften, die Tätigkeit der geheimen Verbindungen für die polnische Sache von neuem zu beleben“ (Imm. Ber. d. Kommission 13. 1. 1838).

Der König hatte nach Sulzers Rückkehr, wenn durch ihn keine speziellen Daten zur Fortsetzung des Verfahrens ermittelt waren, eine Anweisung an das Kammergericht zu dessen Abschluß gegen v. S. und seine Mitschuldigen gewünscht (Kab. Ordre an d. Ministerialkomm. 11. 1.). Jetzt beschränkte er sich auf eine nichtssagende Ordre v. 25. 2., er habe die Resultate von Sulzers Reise mit Interesse gelesen und finde Rochows Maßnahmen gegen die Emissäre sehr zweckmäßig. Metternich wurde verbindlich für seine Unterstützung gedankt, die der Fürst als Ergebnis der engen Freundschaft zwischen beiden Höfen hinstellte, wobei das Bewußtsein, die Zufriedenheit der Berliner Regierung erworben zu haben, ihm immer schmeichelhaft bleiben mußte.

Die Kommission zeigte dem Monarchen darauf am 28. 2., daß nach Ansicht des Gerichts keine Handhaben hinsichtlich des subjektiven Tatbestandes in Lemberg zutage gefördert waren und daher das Urteil auf jede Weise beschleunigt werden sollte, was Friedrich Wilhelm den Ministern am 17. 4. nochmals ans Herz legte.

In ihrem Begleitbericht zu den Urteilen v. 23. 6. 1838 gab die Ministerialkommission (Rochow u. d. Justizminister v. Kamptz und v. Mühler) einen Gesamtüberblick über die polnischen Geheimverbindungen und ihre Beziehungen zu ähnlichen Vereinigungen des Auslandes, besonders dem Carbonarismus. Außerdem hatte noch das „Junge Polen“ eine hochverräterische Tendenz. Der leitende Ausschuß befand sich 1836 in Krakau. Der Bund war „mutmaßlich auch in Posen und in Galizien tätig gewesen“. In letzterem Land existierte auch eine „republikanische Nationalverbrüderung“ für die Vereinigung aller Länder des alten polnischen Staats, ferner eine „Gesellschaft der Nationalfreiheit“, endlich eine „Gesellschaft des polnischen Volks“. Die Satzungen dieser Bünde waren beschlagnahmt, und nach ihrem Inhalt unterlag ihre revolutionäre Richtung keinem Bedenken. Unter den anderen gleichzeitig im Polentum existierenden Vereinen wurde noch die „Legion des Scävols“ erwähnt, die im September 1836 130 Mitglieder gehabt haben und nach dem Geständnis eines Mitgliedes zur Ermordung der drei über das vormalige Polen herrschenden Monarchen gestiftet sein sollte, um dann durch die Revolution, die beim Vorhandensein von 300 Mitgliedern geplant war, Polen wiederherzustellen. Die Existenz dieser Verbindungen, zu deren Aufdeckung Sulzers Reise wesentlich beigetragen hatte, war bis 1836 erwiesen. Es war anzunehmen, daß sie trotz des kräftigen Einschreitens mehrerer Regierungen gegen ihr Treiben doch wenigstens z. T. noch bestanden und zu ihrem Auftreten nur einen günstigen Zeitpunkt abwarteten. Daher glaubten die Minister den Absichten des Königs zu entsprechen, wenn sie auch ferner dem polnischen Unwesen zu steuern versuchten.

---

[11]) Es handelt sich in der Hauptsache um Proteste der Westmächte gegen die militärische Besetzung des Freistaats.

Am 2. 1. 1838 benachrichtigte Flottwell die Landräte, daß nach polizeilichen Ermittlungen in Galizien bereits mehrere Versuche von Sendboten, besonders den drei sich als verwegene Emissäre betätigenden Brüdern Zaleski, zur Verbreitung demokratischer Verbindungen gemacht und Bauern, Bediente und Studenten im revolutionären Sinne, wenngleich anscheinend mit geringem Erfolg, bearbeitet waren. Zur Verführung dienten aufrührerische, z. T. in ruthenischer Sprache abgefaßte Schriften, welche die demokratischen Lehren in einem dem Fassungsvermögen des gemeinen Mannes angepaßten Gewande predigten, ferner Broschüren, vorzüglich die *Paroles d'un croyant* von Lamennais, und gelegentliche Überredung. Mehrere Personen waren schon als Emissäre angehalten worden, so ein Florek Madliński in Lemberg, der wahrscheinlich Adolf Zaleski war[12]), ein Woyniechowski, wohl der Emissär Kozicki, ein Wronowski, der als Mönch durchs Land zog, und der polnische Flüchtling Machnicki. In Lemberg war eine revolutionäre Presse entdeckt. Hieraus sollten die Beamten ersehen, auf welche Weise die Sendboten in neuerer Zeit Propaganda trieben, und demgemäß ihre Aufmerksamkeit auf die ihnen bezeichneten Leute verdoppeln.

Nach einer angeblich aus zuverlässiger Quelle stammenden Darstellung der galizischen Zustände aus Dębica v. 21. 12. 1837 (Roch. an Flottw. 8. 1. 1838) dauerte die Untersuchung fort. Was eigentlich gefunden wurde, war ein Geheimnis. Der Kreishauptmann in Lemberg hatte gegen den Willen des Divisionsgenerals Duca de Serbelloni[13]) den Befehl erwirkt, daß in Tarnów wie in Kriegszeiten kein Soldat ohne Bajonett ausgehen durfte. Auf dem Lande waren Haussuchungen an der Tagesordnung, auch bei Geistlichen. Viele Leute wurden nach T. citiert und einige verhaftet. Man suchte nach polnischen Broschüren und noch mehr nach der Art ihres Bezuges. Einige Beamte des Grafen Alfred Potocki waren durch Aufnahme von Emissären stark belastet. Die Wälder wurden von Militär durchstreift, weil sich Bewaffnete gezeigt haben sollten. „Unleugbar ist es, daß die Regierung auf der Spur eines weitverzweigten, mit dem Auslande in Verbindung stehenden Komplottes ist, und daß man auf verschiedene Art die Gemüter, besonders der unteren Klassen, in Gärung zu bringen sucht. Ein Unglück ist es, daß die Gutsbesitzer durch falsch verstandenen Patriotismus — sie halten nämlich die Sache für eine rein polnische — mittelbar und unmittelbar dem Übel Vorschub leisten und die Regierungsverordnungen zu durchkreuzen suchen". Freilich hatten die letzten Steuerverfügungen auf sie sehr verbitternd gewirkt, und man konnte Freund und Feind der Regierung daran unterscheiden, ob einer Branntwein brannte oder nicht; so lästig war die Akzise, noch mehr aber die endlose Plackerei, die sich das aus allerlei Gesindel zusammengeraffte Aufsichtspersonal erlaubte. Für die innere Sicherheit war es sehr fatal, daß die Aufmerksamkeit der Behörden von den politischen Zuständen fast absorbiert wurde, denn um die innere Polizei kümmerte man sich wenig, und Diebereien und Räubereien geschahen täglich häufiger und kühner.

---

[12]) Flottwell vermutete die Identität Machnickis mit dem als Florian Bielęcki aus dem Posener Militärgefängnis entsprungenen Leon Zaleski (an Roch. 18. 6.).

[13]) Ferdinand Duca de S. 1788—1858, stand als Divisionsgeneral in Galizien.

Nach einer neuen, auf gleichem Wege eingegangenen Schilderung ohne Ort und Unterschrift v. 1. 1. 1839 überraschten am 10. 11. 1837 die Behörden in Tarnów eine Versammlung des „Klubs der Domestiquen" und verhafteten viele Mitglieder, bei denen angeblich sehr wichtige Schriftstücke gefunden wurden. Ziel dieser Vereinigung war es, die Stellung der dienenden Elemente in die der Herren durch deren Ermordung zu verwandeln. Sie mußte in Galizien weite Verzweigung erlangt haben, an die sich evident politische Zwecke knüpften, da viele Leute in die Konspiration verwickelt waren. Wie immer umgab die Regierung auch diese Ereignisse „*du plus profond mystère*", und es war ziemlich schwer, sich einige zuverlässige Nachrichten zu verschaffen. Nach Versicherung eines ehrenwerten Galiziers hatten die revolutionären Grundsätze in der unglücklichen Provinz so tief Wurzel geschlagen, daß es nur eines Motivs bedurfte, um die meisten Bezirke zur Erhebung zu veranlassen. Die Regierung fing selbst an zu fühlen, daß sie ihre Autorität nur durch die Bajonette würde aufrechterhalten können, die sie in stattlicher Zahl hier zu versammeln klug genug war. Nach verschiedenen Tatsachen schien die umstürzlerische Faktion den nächsten Frühling festgesetzt zu haben, „*pour tenter un grand coup*". Unter anderem trugen die stets sehr gut unterrichteten Juden, in Polen eine Art politischen Barometers, Bedenken, bis dahin Termingeschäfte abzuschließen. Die Ereignisse in Tarnów schienen dem Ministerium die Augen geöffnet und es aus seiner Stumpfheit (*impassibilité*) gerissen zu haben. Den Ernst der Dinge bewies die Tatsache, daß eine stattliche Zahl ruhiger polnischer Familien sich von ihren Landsitzen in Galizien nach Wien zurückzog, da sie sich nicht mehr sicher fühlten und das Eisen der Partioten fürchteten. Auch Machinationen von außen wie von dem besonders tätigen Komitee in Brüssel fehlten nicht. Es hatte eben die der revolutionären Partei verschriebene Gräfin Tyszkiewicz mit falschem Namen und Paß über das ihr vertraute Wien nach Galizien lanciert, doch war sie entdeckt und sollte nach Belgien zurückgeschickt werden.

Die Regierung war vollkommen von der galizischen Gefahr unterrichtet, aber trotzdem lag hierin weniger Gewähr für die Erhaltung der Ordnung als in der Anwesenheit des Generals Langenau[14]) daselbst, eines beherzten, energischen Mannes, der es verstanden hatte, sich außerordentliche Befugnisse zu verschaffen, von denen er weitgehenden Gebrauch machte, gestützt auf ein Armeekorps, dem er Vertrauen einzuflößen wußte.

1839 wurden in Krakau Spuren einer unter Studenten und Gesellen verbreiteten revolutionären Verbindung entdeckt und viele Verhaftungen vorgenommen (Roch. an Flottw. 28. 8. nach Anzeige Hartmanns). Auch dieser Bund hatte nach Aussage eines Thomas Swiderski eine Verzweigung in Posen, aber wieder ergab sich keine Einzelheit (Aussage v. Aloys Kalinowski). Flottwell beruhigte den Minister am 16. 9., daß bei den polizeilichen Nachforschungen, zumal der Untersuchung gegen einen Franz Maciejewski, „durchaus kein Umstand ermittelt war", der darauf schließen ließ, daß die vereinzelten Bestrebungen einiger junger Polen „in irgendeiner Beziehung

---

[14]) Friedr. Karl Gust. Frhr. v. L. 1782—1840, 1827 Feldmarschalleutnant, kam 1832 mit Erzherzog Ferdinand nach Galizien und blieb dort bis 1835.

zu den in Krakau entdeckten Verbindungen unter Studierenden und Handwerksgesellen gestanden haben". Er versprach aber, von den dortigen Verhandlungen Gebrauch zu machen, wenn sich die freilich sehr unbestimmten Äußerungen Kalinowskis bestätigen sollten. Er erneuerte diese Zusage am 2. 10. bei Rücksendung von Verhandlungen der Krakauer Inquisitionsbehörden gegen die Teilnehmer an neuen politischen Komplotten, obwohl auch darin nichts für die Zustände seiner Provinz von einigem Interesse war.

Da aber die Parteilichkeit der Krakauer Gerichte bei sämtlichen Untersuchungen politischer Vergehen den Erfolg jedes Verfahrens von vornherein zu vereiteln drohte, mußten sich im völkerrechtlichen Interesse der allgemeinen Sicherheit bei einer Konferenz in Mailand am 8. 9. 1838 im Namen der drei Schutzmächte Metternich, der russische Vertreter Tatitschew und der preußische Wiener Gesandte Graf Maltzan Rechenschaft über die Schritte der Krakauer Polizei gegen die Mitglieder der Geheimgesellschaft *Confédération générale* geben. In Anbetracht, daß deren Fäden gegen die Nachbarstaaten gerichtet und die meisten Verhafteten Untertanen der Schutzmächte waren, ihre Auslieferung also garantiert wurde durch die konstitutiven Gesetze der Republik und die ihre Existenz begründenden Verträge, daß die Krakauer Tribunale sich in einem Zustand der Auflösung *(dissolution)* befanden, dem nur die vollständige Reorganisation der Magistratur für die Zukunft abhelfen konnte, die aber jede Gewähr für den vorliegenden Fall ausschloß, daß überdies mehrere richterliche Beamte durch die Umtriebe, deren Herd in Krakau lag und um deren Unterdrückung es sich handelte, selbst mehr oder weniger belastet waren, faßte die Konferenz folgende Beschlüsse: 1. Jede Prozedur und spätere Intervention der Krakauer Behörden in die Angelegenheiten der *Confédération générale* hört auf *(seront discontinuées)*. 2. Es wird in K. eine Untersuchungskommission aus Juristen ernannt, die von den drei Mächten delegiert werden. Ihr sind die Akten und alle polizeilichen Protokolle mit den Angeklagten auszuliefern. 3. Sobald diese Kommission ihre Arbeiten beendet hat, werden die Schutzmächte die Auslieferung derjenigen ihrer Untertanen reklamieren, deren Anklagezustand durch das Verfahren gerechtfertigt erscheint *(dont la prévention aura été établie par l'enquête)*, um nach den Gesetzten ihres Landes abgeurteilt zu werden, und diese Reklamationen werden im Notfall durch Zwangsmaßnahmen unterstützt werden, damit von seiten der Krakauer Regierung dem Recht Geltung verschafft wird. 4. Die Residenten werden sich mit dem Polizeidirektor von Krakau[15]) und dem österreichischen Truppenbefehlshaber ins Einvernehmen setzen, um die Flucht der Angeklagten zu verhindern (Roch. an Flottw. 31. 10.; Protok. Mailand vom Aug./Sept.).

Obwohl von diesen Maßnahmen zur gesetzlichen Bestrafung der vorgekommenen politischen Verbrechen ein solcher Eindruck auf die Krakauer Einwohnerschaft zu erwarten gewesen wäre, daß man sich so bald nicht wieder leichtsinnigerweise in neue Umtriebe eingelassen hätte, entdeckte die freistaatliche Polizei bereits Ende 1839

---

[15]) An Stelle des Polizeidirektors Güth war im August Polizeikommissar Wolfart eingesetzt worden. (Roch. an Flottw. 20. 8.).

abermals Fährten, nach denen wiederholte Versuche gemacht waren, den Gesellen revolutionäre Doktrinen einzuimpfen, namentlich durch Schmiedemeister Szwedziński und den ihm eng befreundeten Zögling der technischen Schule Latkowski, der nach einstimmigen Aussagen der verhafteten Gesellen sie häufig in der Werkstatt aufgesucht oder ihnen in seiner Wohnung revolutionäre und irreligiöse Schriften vorgelesen hatte (Hartmann an d. Min. d. Ausw. Frhrn. v. Werther 18. 12.).

Nach Mitteilungen des russischen Generaladjutanten Grafen Benckendorff vom 16. 12. 1839 waren damals aus dem Westen Agenten unterwegs, um in Polen, Galizien und Posen aufrührerische Bewegungen zu veranlassen und zu lenken und Logen zu bilden (Roch. an Flottw. 23. 11.)[16]. Bei Sulzers Recherchen in Krakau 1839 (an Werther 10. u. 28. 1.) wegen der dort entdeckten „Konföderation des polnischen Volkes“ zur bewaffneten Auflehnung gegen alle drei Teilungsmächte spielte der in Galizien wieder festgenommene Leon Zaleski eine Hauptrolle. Versuche zur Verpflanzung des Bundes nach Polen und selbst nach Wilna waren durch die Beschlagnahme der Satzungen, des Strafkodex und Werbemanifestes belegt, wogegen die ersichtlich „sehr schwachen und in dem Leugnen eines Krakauer Inkulpaten sich verlierenden Fährten einer Verbreitung der Gesellschaft nach dem Großherzogtum Posen“ auch durch die von dem österreichischen Kriminalrat Zaiączkowski übermittelten Geständnisse des aus Krakau nach Galizien entwichenen Studenten Michael Giersz und des Besitzers von Pierzechowice (Kr. Wadowice), Ludw. Kępiński, keine Stütze fanden. Danach waren im Juni 1837 zu Pawlikowice (ebenda) die Gattin des Krakauer Gerichtspräsidenten Mąkolski, der sehr tätige Revolutionär Malinowski und sieben junge Gutsbesitzer oder vormalige Studenten zur Stiftung jenes Geheimbundes zusammengetreten, der sich auf alle polnischen Provinzen und alle Bevölkerungsklassen erstrecken sollte mit Einteilung der 7—9 Landschaften in Kreise, Bezirke und Gemeinden unter dem Hauptrat als Zentralbehörde. Die bald darauf verhafteten Giersz und Kępiński hatten in ihren Geständnissen ohne unmittelbare Andeutungen wegen eines Übergreifens der Konföderation nach Posen mehrfach einen Smorowski in Zusammenhängen genannt, die ihn der Vermittlung zwischen Krakau und der Provinz verdächtig machten. Malinowski hatte sich nach Ermittlung Guths dort, Smorowski 1836—38 in Galizien aufgehalten, zumeist als Verwalter des anrüchigen Pächters Brandys auf dessen Gütern bei Kalwaria. Allein auch diese Daten waren zu unbestimmt, um darauf spezielle Nachforschungen zu begründen. Malinowski und Alex. Anton Smorowski waren schon früher als verdächtig signalisiert worden, letzterer jedoch am 2. 11. 1838 in Ludom (Kr. Obornik) verstorben. Dagegen machte der Oberpräsident Hartmann auf den seinen Aufenthalt in Krakau auffallend verlängernden Gutsbesitzer Jos. v. Mikorski-Gulczewo (Kr. Gnesen) aufmerksam. Er war aber zu Weinankäufen nach Ungarn aufgebrochen und wurde nach seiner

---

[16]) Die Namen der vermeintlichen Helfershelfer waren so entstellt, daß darunter niemand zu erkennen war. Flottwell konnte also nur die Polizei zur Aufmerksamkeit ermahnen (Runderlaß an d. Landräte u. Ber. 24. 12.). So sollte Hauptmann v. Kraszewski Bruder des Erzbischofs von Gnesen sein, während es nie einen dieses Namens gegeben hatte. Hier belehrte aber der Minister den Oberpräsidenten, daß v. K. tatsächlich Stiefbruder Martin v. Dunins sei, übrigens ein durchaus ungefährlicher Halbnarr.

Rückkehr als Revolutionsteilnehmer mit gebundener Marschroute in die Heimat dirigiert (Flottw. an d. Ministerialkomm.; an Hartmann 18. 3.; Guth an Hartm. 11. 4. u. 18. 5.). Mikorski verlegte seinen Wohnsitz dann nach Witkowo zu seinem Schwiegervater, wogegen seine Absicht der Übersiedlung nach Österreich als aussichtslos von Flottwell nicht unterstützt wurde (an v. M. 9. 6.).

Durch das endliche Erkenntnis des obersten Strafgerichts in Krakau in dem Hochverratsprozeß wider Hyacinth Gudrajczek u. Gen. v. 25. 6. wurde der Rädelsführer wegen Teilnahme an der „Gesellschaft“ und „Konföderation des polnischen Volkes“ zu 10 Jahren schweren Kerkers statt 15 in 1. Instanz verurteilt, Alex. Hoszowski statt zu 10 zu 7 und in der Appellationsinstanz zu 5 Jahren, die im Weg der Milderung auf 2 herabgesetzt wurden. Bei Anton Kamiński wurde die Strafe von 10 auf 2, bei Kalinowski (Kalina) von 7 auf 1 Jahr, bei Swiderski von 10 auf 6 Jahre reduziert und die Hälfte im Weg der Milderung erlassen. Noch größer war die Herabsetzung in den letzten drei Fällen, und in zweien wurde die Untersuchungshaft als Strafe angerechnet. Zwei völlige und acht Freisprüche aus Mangel an Beweisen wurden bestätigt. Endlich wurde mit dem Appellationsgericht das Verfahren gegen viele Leute niedergeschlagen, die nicht als qualifiziert zum Kriminalprozeß befunden wurden. Einige Angeschuldigte waren in Galizien und Polen verhaftet, und Strafgerichtspräsident v. Kronwald ersuchte dort um Strafvollzug (Begleitschreiben an die drei Residenten). Zur Erläuterung des Unterschiedes zwischen der Sentenz und den Anträgen des Tribunals und Appellationsgerichtes bemerkte er, daß mit Stimmenmehrheit das den Hochverrat begründende wirkliche Bestehen beider Geheimbünde mit dem Ziel gewaltsamer Veränderung in allen ehemals polnischen Provinzen als unerwiesen und in bezug auf alle Angeklagten nicht angenommen war, weil die tatsächliche Bildung und Hochverratstendenz der Verbindungen weder durch unbefangene Zeugen noch irgendeine im Gesetz vorgeschriebene Beweisart dargetan erschien, was bei den einzelnen Inkulpaten eingehend begründet wurde[17]).

Anfang 1844 machten die Zeitungen das galizische Landesgubernium auf das energische Vorgehen der preußischen Regierung wegen der Entdeckung eines dicht bevorstehenden geheimen Anschlags der russisch-polnischen Überläufer aufmerksam. Trotz der Unbestimmtheit der Nachrichten schien der beabsichtigte Exzeß doch unter dem Einfluß der Emigration vorbereitet zu sein, da einerseits nach soeben angelangten verläßlichen Mitteilungen eine gleichzeitige besonders rege Tätigkeit der Häupter des Flüchtlingswesens in Frankreich mit der Tendenz der Hervorrufung revolutionärer Bewegungen in Polen und namentlich in Posen und Litauen bestätigt wurde, andererseits aber die Maßregeln in Preußen, zumal zahlreiche Verhaftungen polnischer Auswanderer im Großherzogtum Posen, und die Fortweisung aller solcher Männer binnen 14 Tagen aus Ostelbien darauf hindeuteten, daß die im Posenschen

---

[17]) Nach damaligen Pressenachrichten hatten sich jetzt die 1836 beginnenden Verhaftungen in G. wiederholt. Die Truppen der drei Schutzmächte in K. betrugen Anfang 1841 noch 1500 Mann, während die Stadt 1834 etwa 36500, das Stadtgebiet 126500 Einwohner zählte, 1837 etwa 131500, darunter 14000 Juden.

bisher geduldeten Flüchtlinge dem fraglichen Komplott nicht fremd geblieben waren. „Die bisherige Erfahrung hat gelehrt, daß revolutionäre Umtriebe in was immer für einem Teile des alten Königreichs Polen selbe (sic!) stattgefunden haben mögen, stets in der polnischen Emigration in Frankreich ihren Zentralvereinigungspunkt hatten, und daß deren Wirkung mehr oder weniger immer auch auf die übrigen ehemals polnischen Landesteile berechnet war." Deshalb hatten sich die drei Teilungsmächte schon 1834, wie Krieg einer Entschließung des Kaisers Franz v. 17. 4. entnommen hatte, zur wechselseitigen Mitteilung der auf das Treiben der revolutionären Fraktion bezüglichen Data verpflichtet. Er erbat darum möglichst genauen Aufschluß über die Vorfälle in Posen und ihre Ursache, insbesondere über die Fakta, die einen Zusammenhang der Machinationen mit der irredentistisch gesinnten Partei in Galizien darstellten „oder auch nur vermuten" ließen, wofür er volle Gegenseitigkeit durch Mitteilung der für Posen wichtigen Vorgänge verhieß (Schr. 26. 2.). Nach der Erwiderung des Oberpräsidiums v. 21. 3. waren allerdings in Posen polnische Überläufer arretiert und nach anderen Provinzen abgeschoben worden auf Grund von Anzeigen zuverlässiger Personen, daß sie zur Erreichung kommunistischer Ziele Unordnung und Störung der öffentlichen Ruhe planten. Die Wachsamkeit der Polizei hatte diese Absicht vereitelt. Es war indessen keine bestimmte Teilnahme einzelner Personen nachgewiesen und nur ermittelt, daß auch nicht von der Militärpflicht bedrohte Revolutionsteilnehmer als angebliche Überläufer über die Grenze gekommen waren; auf sie hatten sich die Maßregeln bisher beschränkt. Unternehmungen gegen die österreichischen Staaten waren nicht zutage getreten[18]).

Im Dezember 1845 wurden in Galizien die zur Gewinnung des dortigen Adels für die Aufstandsversuche entsandten preußischen Untertanen Alex. v. Brudzewski (v. Brause) — Podstolice (Kr. Schroda) und Rich. Berwiński[19]) wegen Anstiftung aufrührerischer Umtriebe verhaftet, aber vom Lemberger Strafgericht nicht zum Kriminalverfahren gezogen, so daß der von der preußischen Immediatuntersuchungskommission[20]) gewünschten Auslieferung der beiden — übrigens nachher von der Anklage entbundenen — Sendlinge kein Hindernis im Wege stand. Freilich mußte der Posener Oberpräsident v. Beurmann das Lemberger Landesgubernium nochmals treten (6. 1. 1847). Andererseits war Franz Graf Wiesiołowski Anfang November 1845 mit Eduard Dembowski und dem Flüchtling Kozerski im allgemeinen Interesse der Verschwörung und dem besonderen der Galizier von Krakau nach Posen gereist, wo er mehrere Wochen verweilte[21]).

Die Tatsache einer Infektion in beiden Richtungen erwies der nach langer Abwesenheit aus Krakau Anfang 1847 in seinen Heimatkreis Krotoschin zurück-

---

[18]) D. näheren Vorgänge bei Laubert: Skizzen z. Posener Stadtgeschichte vor 100 Jahren. Dt. Wissenschaftl. Zs. i. Wartheland. H. 1. 104 ff.

[19]) Über den zuletzt in türkische Dienste tretenden Redakteur, Dichter und späteren Gnesener Landtagsabgeordneten Richard B. vgl. (Motty): Przechadzki po Mieście, I. Pos. 1888. 22 ff. u. mehrere Aufsätze in Kronika Miasta Poznania (Register Jg. 15. 361), so Jg. 13. 341—366 v. T. Terlecki.

[20]) Sie stand unter dem Vorsitz des Posener Gerichtspräsidenten Frhrn. v. Frankenberg, und ihr tätigstes Mitglied war Sulzer.

[21]) Anklageschrift d. Staatsanwalts am Kammergericht. 141.

kehrende Gärtnergehilfe Nikol. Siebert, der in Kobylin sofort das Landvolk aufzuwiegeln versuchte. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, in der Berufungsinstanz allerdings bis auf die Kosten freigesprochen (Beurm. an. d. Land- u. Stadtgericht zu Krotoschin; Erkenntnis d. Oberlandesger. zu Posen 1. 5.). Der mit der Organisation der aufständischen Reiterei betraute Zacharias Suchorzewski (Angabe Tyssowskis), der zu der bei Gdów zersprengten Abteilung gehörte, aber hatte flüchten können, ging nach Paris und wurde als der im Kr. Wreschen auf Wszemborz, einem Besitz seiner Gattin, ansässige S. identifiziert (Landesgubernium in Lemberg an Oberpräsidium in Posen 24. 12. 1847; Antw. 6. 6. 1848).

Anfang 1845 reichte der Krakauer Senat dem Innenminister Grafen Arnim Verzeichnisse der von seiner Polizeidirektion als politisch bedenklich vorgemerkten 23 Individuen, der in Untersuchung gewesenen Personen, der in K. geduldeten Revolutionsteilnehmer aus Polen und der 13 durch ultrapatriotische Gesinnungen bemerkbaren Menschen ein, darunter Domherr Graf Scipio, zwei Grafen Wodzicki, Gräfin Arthur Potocka und Gräfin Wąsowicz, mit der Bitte um Nachricht über deren politisches Tun und Treiben (Arnim an Beurm. 31. 1.).

Das preußische Innenministerium machte nur einige Bemerkungen zu Tripplin und dem Mediziner Władysł. Wężyk (geb. 1816 zu Toporów im Kr. Radziechów), der 1843 aus Warschau seine Naturalisation in Preußen betrieb, aber trotz Beibringung des polnischen Emigrationskonsenses abgewiesen wurde. Er hielt sich auf Grund eines Berliner Ministerialpasses seitdem größtenteils wieder im Ausland auf. Während seines Verweilens in der Provinz Posen ließ er sich die polnische Nationalität sehr angelegen sein und arbeitete namentlich auf die Schaffung eines Nationaltheaters hin (Notizen v. 16. 1.[22]). Auch das Posener Oberpräsidium konnte nicht weiter helfen (Randbem. v. Oberregierungsrat Noah 20. 3.), wogegen Polizeipräsident Frhr. v. Minutoli am 12. 4. 1846 dem Oberpräsidenten über einige der fraglichen Leute interessante Auskünfte unterbreitete:

Nr. 9: Czetwertzyński oder Ossoliński oder Zawisza oder Rogowski usw., in der Provinz auch als Konarski aufgetreten, war 1843 nach Ablauf der Kartellkonvention[23]) angeblich aus Furcht vor dem Militärdienst aus Polen übergetreten; Hauslehrerstellen in den Kreisen Obornik und Schrimm verlor er aus Mangel an wissenschaftlicher Bildung. Bei einem nächtlichen Skandal in Posen verhaftet, wurde er als mittellos in die Militärarbeitsabteilung gesteckt. Daraus entwichen, trieb er sich in Posen, Oberschlesien und Westpreußen herum, bis man ihn wegen Verdachts der Beteiligung an den hochverräterischen Bestrebungen des Gutsbesitzers Adolph v. Malczewski-

[22]) Der bekannte Reiseschriftsteller W. (Podróże po Wschodzie i starożytnym świecie — Reise nach d. Orient u. d. Alten Welt. Wsch. 1840) hat seine Bemühungen um das Posener poln. Theater selbst geschildert (Historya siedmio-miesięcznego teatru w Poznaniu. Pos. 1843; vgl. Laubert: Studien z. Gesch. d. Prov. Posen I. Pos. 1908. 161 u. öfter). Er war auch einer der ersten Fremdlinge, die sich um Belebung des polnischen Nationalgefühls in Oberschlesien bekümmerten und starb dort 1846 als Opfer der Typhusepidemie.

[23]) Die preußisch-russische Kartellkonvention über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und Deserteuren ruhte damals einige Zeit.

Strzyżewo paszkowo (Kr. Mogilno) und nach Niederschlagung des Verfahrens gegen v. M. wegen dringenden Verdachts der Aufwiegelung von Kulmer Gymnasiasten zu kommunistischen und landesverräterischen Unternehmungen an das Graudenzer Inquisitoriat ablieferte. Er war ein „durchaus schlechtes und gemeines Subjekt" ohne Einfluß und konnte erst bei allgemeiner Aufregung oder einem Aufstand durch seine Roheit, Ungestüm und Zungenfertigkeit mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Aufregung der Massen wirken und eine Rolle spielen.

Nr. 11. Roman Domgiełło, alias Guido Waya, war gleichfalls aus angeblicher Sorge vor der militärischen Einziehung 1843 aus Polen übergetreten, wo er Forstmann gewesen sein wollte. Er verlor seinen Hauslehrerposten aus dem gleichen Grunde wie Cz., unternahm dann mehrere Reisen nach Westpreußen, um den Adel und die Kulmer Gymnasiasten für eine Wiedererhebung Polens zu bearbeiten, und wurde schließlich auf Requisition des Landrats in Strasburg i. W. ebenfalls dem Inquisitoriat übergeben. Auch er hatte an und für sich keine Bedeutung, war jedoch anscheinend von gewichtigen Personen als Zwischenträger für polnisch-politische Zwecke benutzt worden, so daß Minutoli zu erfahren wünschte, was die Aufmerksamkeit des Krakauer Senats auf beide Männer gelenkt hatte.

Nr. 22. Carl Zengerle, Revolutionsteilnehmer, in Krakau geboren, 1840—43 ohne bestimmten Zweck und Broterwerb sich in der Provinz Posen aufhaltend, durch Umgang mit ultrademokratisch gesinnten Personen verdächtig und mit Zwangspaß nach Frankreich ausgewiesen, war er statt dessen nach Ungarn gegangen und dabei in Galizien angehalten worden.

Nr. 14. Über Jos. vel Apolinus Kruszewski oder Kraszewski war amtlich nichts bekannt und seine Identität mit dem belgischen Oberst v. Kraszewski nicht festzustellen, der während der Revolution im Korps Ramorino mit Auszeichnung gefochten haben sollte und 1841 zwei Monate in der Provinz geduldet war, um sich mit der Tochter des russischen Generals v. Kurnatowski, Besitzers von Pożarowo b. Samter, zu vermählen.

Nr. 20. Dr. med. Theod. Tripplin[24]) aus Kalisch, Revolutionsteilnehmer, in Preußen bei Verwandten in Königsberg aufgenommen, bis 1833 dort auf der Universität, dann ausgewiesen, sich als Dr. med. in Straßburg niederlassend, drang 1843 gleichfalls als angeblich Fahnenflüchtiger aus Polen in die Provinz Posen ein und wurde deshalb gefänglich eingezogen, im September aber nach S. zurückdirigiert. Er war wissenschaftlich gebildet, von angenehmem Äußeren und geselligen Formen, sehr beliebt bei den Damen, aber zu eitel und selbstsüchtig, um großen Einfluß auf seine Landsleute zu gewinnen, wie auch seine Reisen und Schicksale ihm nicht die Charakterfestigkeit zur folgerichtigen Erstrebung eines bestimmten Zieles verschafft hatten.

---

[24]) Über T. vgl. Laubert a. a. O. 88. Er genoß auch als phantasiebegabter Reiseschriftsteller zeitweilig großen Ruf. Zenon Kosidowski (Z okresu złotego kultury Poznania, Pos. 1938. 36) nennt ihn den „polski Münchhausen", doch liegt vielleicht ein Vergleich mit Jules Verne näher.

Aus dem 3. Verzeichnis hob Minutoli hervor: Jos. Grafen Wodzicki, mutmaßlich Schwiegervater des Jos. Grafen Mycielski-Priebisch (Kr. Fraustadt) und letzterer wieder Schwiegervater des Fürsten Sułkowski-Reisen, und Heinr. Grafen W., Schwager Mycielskis.

Bei den Untersuchungen im Winter 1845/46 baten die preußischen Behörden mehrfach um Auslieferung von Untertanen aus Österreich, worauf Metternich nach ausdrücklichem Befehl des Kaisers jene um diese Gefälligkeit hinsichtlich österreichischer Staatsbürger anging, ebenso um Mitteilung aller Galizien betreffender, bei dem Verfahren sich ergebender Resultate (an d. Berliner Gesandten Grafen Trauttmansdorff 29. 1. 1846).

Seine Verbundenheit mit dem galizischen bekundete der Posener polnische Adel durch die von der eifrigen Polin Frau v. Węgierska-Węgry (Kr. Adelnau) angeregte Aufnahme der Waisen in Galizien erschlagener Edelleute, deren Frau v. W. allein 9 beherbergte. Die Posener Regierung hatte bei Erörterung der Frage im Frühjahr irrigerweise vermutet, daß es sich um eine leere Demonstration handele, auf die sich sonst damals die politische Tätigkeit der Patrioten beschränkte, die z. T. wieder kecker auftraten, z. T. aber, wohl mit Unrecht, ähnliche Auftritte wie im Nachbarland befürchteten (Zeitungsber. f. März/Apr.). Landrat v. Roeder fragte am 4. 12. an, ob bei den politischen Zeitläuften diesen gegen alle Deutschen sehr verbitterten Geschöpfen von meistens 11—15 Jahren der Aufenthalt gestattet werden sollte? Da die Kinder aber mit vollständigen Legitimationen der österreichischen Behörden versehen waren, wollte Beurmann sie bis zum Ablauf ihrer Pässe dulden (an v. R. 17. 1. 1847).

Im allgemeinen hatten die Regierungen das begreifliche Bestreben, den Kontakt zwischen ihren Untertanen nach Möglichkeit zu erschweren. So wurde Lorenz Graf Engeström[25]) im August 1846 aus Krakau ausgewiesen (Minutoli an Beurm. 13. 8.). Die sächsische Regierung war zur Auslieferung des Breslauer Studenten Waligorski aus Krakau bereit, bei dem der Entwurf einer „Verfassung der Revolution in Krakau“ in sieben Paragraphen gefunden war, worauf die Untersuchungskommission seine Vernehmung und eventuell Verhaftung wünschte (v. Jordan, preuß. Gesandter in Dresden, 1. 3., Geheimrat Mathis i. Innenministerium 15. 3. an d. Außenmin. Frhrn. v. Canitz). Jedenfalls beseitigten die Umtriebe in Krakau und Galizien jeden Zweifel über die Tendenzen der Polen (Zeitungsber. d. Reg. zu Posen f. Jan./Febr. 1846).

Beurmann setzte sich wegen der Krakauer Ereignisse sofort mit dem Kommandierenden General v. Colomb in Verbindung, der die nach Meseritz bestimmte

---

[25]) Nachkomme des Grafen Lorenz E., Erzbischofs von Lund, (geb. 1751), dessen Sohn 1788 schwedischer Vertreter in Warschau wurde. Am 22. 6. 1791 erhielt er das Indigenat als polnischer Edelmann, kaufte Jankowice (Kr. Posen) und verpolte durch seine Heirat vollkommen. Bis 1824 schwedischer Minister des Auswärtigen, siedelte er nach J. über und starb am 19. 8. 1826 (Ztg. d. Großhzgts. Posen Nr. 67).

5. Division bis Pinne und Buk heranzuziehen beschloß und einverstanden war, daß bei einem offenen Aufstand in Polen die Landwehr einberufen werden mußte. Seinen Amtsgenossen v. Wedell in Breslau hatte der Oberpräsident um unmittelbare Berichterstattung über die Vorgänge in Krakau ersucht (an Innenmin. v. Bodelschwingh 26. 2.), empfing aber am gleichen Tage eine offizielle Note über den Ausbruch der Revolution. In Jaworzno waren in der Nacht vom 20./21. 2. die Zuchthaussträflinge befreit und 4 österreichische Soldaten ermordet worden. Die Revoltanten waren mit Waffen und Munition versehen, die Beamten teils geflüchtet, teils hielten sie sich verborgen. Auch in Galizien gärte es, und in der Nähe von Auschwitz hatte sich eine Menge Menschen zusammengerottet (an Reg. Bromberg).

Darauf erklärte der Oberpräsident (an d. Landräte u. Provinzialsteuerdirektor Frhrn. v. Massenbach 26. 2.): Obwohl bisher, soviel bekannt, in Polen keine Spuren entdeckt sind, die Unruhen dort besorgen lassen, sind doch die neuesten Vorfälle in Krakau geeignet, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, indem es kaum wahrscheinlich ist, daß das versuchte Unternehmen vereinzelt dastehen sollte. Er hoffte, daß die in seiner Provinz ergriffenen Maßnahmen einer ähnlichen Störung der öffentlichen Ruhe vorbeugen würden, konnte aber nicht verhehlen, daß bei Ausbruch einer Revolution in Polen noch andererweite Schritte zum Schutz der diesseitigen Interessen geschehen müßten. Er ersuchte daher, ihn möglichst fortdauernd von den Zuständen des Nachbarlandes und davon zu unterrichten, ob Veranlassung zu Besorgnis vor einem feindlichen Einmarsch vorlag, in welchem Fall Vorkehrungen evtl. in Verbindung mit dem nächsten Truppenkorps zu treffen, insbesondere die öffentlichen Kassen zu sichern waren, denen die Haltung möglichst geringer Barbestände empfohlen wurde.

Anfang März stand aber das Einrücken der preußischen Truppen in Krakau bevor, wo sie nach allen Nachrichten nur schwacher oder gar kein Widerstand erwartete. Die Österreicher hatten Podgórze besetzt, behaupteten jedoch, bis zum 8. 3. nichts gegen Krakau unternehmen zu können, und bis dahin waren die preußischen Regimenter hoffentlich in der Stadt (Bodelschwingh an Beurm. 5. 3.[26]). Die Posener Immediatuntersuchungskommission erbat zur Leitung des polizeilichen Scrutinalverfahrens die Zuordnung je eines russischen und österreichischen Beamten zur leichteren Vermittlung und Auskunftserteilung zwischen den drei Mächten, deren Stellung ostensible, deren Verhältnis zur Kommission und untereinander koordiniert sein sollte (Justizmin. Uhden an Canitz 19. 2. u. Noten von C. an d. preuß. Geschäftsträger in Wien, Grafen Westphalen, u. Legationsrat Balan i. Warschau). Beide Regierungen leisteten der Aufforderung Folge, die österreichische „mit Vergnügen", und sie entsandte den preußischerseits gewünschten Zaiączkowski aus Krakau, nur wollte Metternich bei den Untersuchungen in Lemberg ebenso durch Vertreter der beiden anderen Mächte unterstützt werden (Westph. an Can. 2. 3.).

---

[26]) In Wahrheit besetzten infolge der grotesken Unfähigkeit des österreichischen Generals Collin die Russen zuerst die Stadt; vgl. Szarota a. a. O. 78.

Am 24. 2. meldete sich der russische Kollegienrat Kruse[27]), am 10. 3. Zaiączkowski in Posen. Da dieser anderwärts dringend gebraucht wurde, sollte Trauttmansdorff auf seine baldigste Entlassung hinwirken (Mettern. an T. 26. 3.). Am 24. 4. hielt die Kommission ihn für entbehrlich. Er nahm dann seinen Weg über Dresden zum Verhör des auf dem Königstein inhaftierten Krakauer Diktators Joh. Tyssowski[28]).

Die geschilderten Ereignisse zeigen mit aller Deutlichkeit, wie schädlich in politischer Hinsicht die unglückliche Kompromißlösung von 1815 mit der Schaffung des Freistaats Krakau war und wie sehr dieses symbolische Wahrzeichen eines unabhängigen polnischen Staats die Hoffnungen der Polen belebt und ihre Machinationen erleichtert hat, wobei noch erschwerend die unaufhörlichen Reibungen mit den Westmächten als Hütern der Wiener Verträge hinzutraten. Vor allem hätte bei etwas geschichtlicher Erfahrung dieses Beispiel vor seiner Nachahmung mit der Schaffung des Freistaats Danzig 1919 warnen müssen.

---

[27]) Der Historiker R. Roepell-Breslau schrieb am 24. 2. seinem Kollegen M. Duncker in Halle: D. Polizeimeister von Warschau, General Abramowicz, soll hier gesagt haben: „Nun wird Euere Regierung wohl endlich einsehen, daß sie mit ihrem System vis-a-vis Posen nicht fortkommt." R. war überzeugt, daß Rußland die Konspiration gefördert hatte, um Preußen und Österreich in Alarm zu bringen und die erkaltende Freundschaft zu stählen, denn es war der Fluch von 1772, daß Preußens Politik an diesem Punkt gefesselt und unfrei war (Rep. 92. Duncker Nr. 103).

[28]) Es war T. (geb. etwa 1811) wie den meisten Aufständischen gelungen, über die schlesische Grenze zu entfliehen, doch wurde er in Sachsen erkannt und an Österreich ausgeliefert. aber auch hier bald entlassen. Er starb in Washington 1857.

BIBLIOGRAPHIE DES GENERALGOUVERNEMENTS

NEUERSCHEINUNGEN MÄRZ 1943—JULI 1943

ALLGEMEINES, BUCH- UND SCHRIFTWESEN

Aus den Standorten Golkowitz, Hohenbach, Reichshof. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 3./4. Folge. S. 68—72

Baedecker, K.: Das Generalgouvernement. Reisehandbuch. Mit 3 Kt. und 6 Stadtpl. — Leipzig: Baedecker 1943. LXIV, 264 S. Kl. 8° RM. 7,— (Zl. 14,—)

Baumböck, K.: Deutschlands Sieg im Osten. Grundlage f. d. neue Europa. — Berlin: Verl. P. Hochmuth 1942. 87 S. 8° RM. —,75 (Zl. 1,50)

Gollert, F.: Warschau unter deutscher Herrschaft. Dt. Aufbauarbeit im Distrikt Warschau. Im Auftr. d. Gouverneurs d. Distrikts Warschau SA-Gruppenführer Dr. Ludwig Fischer, unter Benutz. amtl. Unterlagen bearb. — Krakau: Burgverlag 1942. 310 S. mit Abb. 8° RM. 11,— (Zl. 22,—)

Gunzenhäuser, M.: Bibliographie zur Geschichte der Deutsch-polnischen Beziehungen und Grenzlandfragen 1919—1939. — Stuttgart, Schloß Rosenstein: Weltkriegsbücherei, Inst. f. Weltpolitik 1942. 205 S. 8° — Bibliographie der Weltkriegsbücherei. Inst. f. Weltpolitik 1942. Nr. 34/35/36. RM. 7,50 (Zl. 15,—)

Haupt, G.: Persianer aus der Pelzschäferei Winiary. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2. S. 33—35.

Hausmann, M.: Mütterdienst im Generalgouvernement. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 1./2. Folge. S. 26—31.

Macht auf das Tor. (Hrsgg. v. d. Gruppe Schulpolitik i. d. Kulturpolit. Abt. d. Reichsministeriums f. d. besetzten Ostgebiete.) — Breslau: Handel 1942. 16 S. 8° RM. —,16 (Zl. —,32)

Meier, R.: Soldaten-Führer durch Warschau. Hrsggb. v. d. Oberfeldkommandantur Warschau. Abt. 1c. 2. verm. u. verb. Aufl. — Warschau: Deutsche Buchh. 1942. 56 S. mit Abb. 1Kt. 8° RM. —,50 (Zl. 1,—)

Osteuropa, historisch-politisch gesehen. 2 Teile i. 1 Bd. T. 1: Osteuropa, von Paul Rohrbach, T. 2: Polen, von Axel Schmidt. — Potsdam: Rütten & Loening 1942. 387 S. 8° RM. 10,30 (Zl. 20,60)

Schlicht. W.: Das Ziel: „Volk der Flieger." In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. S. 58.

Urba, H.: Heilbad Rabka. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 26—28.

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTEN, VERWALTUNG

Schütze, H.: Das Recht der Ostgebiete. Einf. u. Neuordng. f. d. eingegliederten Ostgebiete, f. d. Gebiet der ehem. Freien Stadt Danzig u. d. Generalgouvernement. Gesetzessammlg. mit Einführungsvorschriften, Durchführungsverordnungen u. Runderlassen nach d. Stande vom 31. 12. 1941. Nachtrag 1 nach dem Stande vom 1. 9. 1942. — Berlin, Frankfurt (Oder), Posen: Trowitzsch's Rechts- und Verwaltungsbücherei. RM. 10,— (Zl. 20,—)

Stieber, W.: Die Behandlung von Kriegsschäden im Heimatkriegsgebiet und in den besetzten Gebieten. Textsammlg. d. wichtigsten einschlägigen Rechts- u. Verwaltungsvorschriften mit Vorbemerkg., Hinweisen und Sachverzeichnissen f. d. praktischen Gebrauch insbes. innerhalb d. Bereiches d. Wehrmacht. Nebst Sonderbeil. — Berlin: Bernard & Graefe 1943. XXII, 536; 3 S. Kl. 8° RM. 4,80 (Zl. 9,60)

Weh, A.: Übersicht über das Recht des Generalgouvernements. Stand: 1. Jan. 1943. — Krakau: Burgverlag 1943. VII, 80 S. 8° RM. 5,— (Zl. 10,—)

Weh, A.: Übersicht über das Recht des Distrikts Galizien. Stand: 1. Jan. 1943 — Krakau: Burgverlag 1943, X, 79 S. 8° RM. 5,— (Zl. 10,—)

WIRTSCHAFT

Albert, W.: Idee gegen Materie. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 3./4. Folge. S. 48—49.

Löptien-Bochdam, E.: Die Städte des Generalgouvernements in wirtschaftsstatistischer Beleuchtung. In: Die Burg. 4. Jg. 1943. H. 1. S. 47—52.

Ostraumberichte. Schriftenreihe des Osteuropa-Instituts zu Breslau für Wirtschaftskunde u. Wirtschaftspolitik Osteuropas. Hrsgg. v. Prof. Dr. Hans-Jürgen Seraphim. N. F. 1942. H. 1. — Berlin: C. Heymann 1942. 128 S. 8° Bd. RM. 13,50 (Zl. 27,—) Einzeln. RM. 4,50 (Zl. 9,—)

R K W. Betriebsblatt f. Arbeiter u. Betriebsbeamte. Wskazówki ruchu dla robotników i urzędników ruchu. (Hrsggb. vom Reichsausschuß f. Wirtschaftl. Fertigung (AWF) beim Reichskuratorium f. Wirtschaftlichkeit, Berlin) AWF. GG. 1—3. 7. 9. 16—19. 30a-c; Einlagebl. 31—33. 36. 38—41. 43. 46—52. 54. 55. 57—59. 68. 100. 101a-c. 102—106. 109—111. 118. 120. 121a-b. 123—125. 141. — Berlin: Beuth-Vertrieb 1942—43. 4°

GESCHICHTE

Brakmann, A.: Die Wikinger und die Anfänge Polens. Eine Auseinandersetzg. mit d. neuesten Forschungsergebnissen. — Berlin: Akad. d. Wissenschaften de Gruyter in Komm. 1943. 67 S. 4° RM. 4,50 (Zl. 9,—)

Gloger, K.: Germanen in Osteuropa, Versuch einer Geschichte Osteuropas v. d. Anfängen bis zum Beginn d. 13. Jh. Mit 89 Abb. im Text. — Leipzig: J. A. Barth 1943. VIII. 288 S. 4° = Mannus-Bücherei 71. RM. 18,— (Zl. 36,—)

Holweger, K.: Das Reich als europäische Ordnungsmacht. 1. Teil in: Das Vorfeld 3. Jg. 1943. 1./2. Folge. S. 6—10. 2. Teil in: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. S. 42—47.

Hoff, E.: Zeittafel zur Geschichte des Weichselraums. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943 H. 4, S. 111—138.

Krupnyckyj, B.: Geschichte der Ukraine von den Anfängen bis zum Jahr 1920. Im Auftr. d. Ukrain. wissenschaftl. Inst. in Berlin verf. 2. durchges. Aufl. mit 4 Kt. im Text. — Leipzig: Harrassowitz 1943. 322 S. 8° RM. 8,— (Zl. 16,—)

Laubert, M.: Die preußische Polenpolitik von 1772—1914. 2. verb. Aufl. — Krakau: Burgverlag 1942. 242 S. 8° = Schriftenreihe des Inst. f. Deutsche Ostarbeit Krakau, Sektion Geschichte. Bd. 1.

Ludat, H.: Die Anfänge des polnischen Staates. — Krakau: Burgverlag 1942. 94 S. 8° = Schriftenreihe d. Inst. f. Deutsche Ostarbeit Krakau, Sektion Geschichte. Bd. 3.

Maschke, E.: Der Deutsche Ritterorden. Seine polit. u. kult. Leistg. im Deutschen Osten. Mit Bildern von Caesar Rave. Einltg. Dr. H. Krieg. — Berlin: Deutscher Verl. f. Politik und Wirtschaft 1942. 152 S., zahlr. Taf., 2 Kt. 4° RM. 22,— (Zl. 44,—)

KULTURGESCHICHTE

Hoff, E.: Nikolaus Kopernikus. Abriß zu Leben und Werk des großen deutschen Astronomen. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 1—8.

Hoff, E.: Zur geistesgeschichtlichen Beurteilung und Bedeutung des kopernikanischen Gedankens in Vergangenheit und Gegenwart. In: Die Burg. 4. Jg. 1943. H. 2, S. 86—133.

John, M. L.: Vorbericht über die Ausgrabung auf dem Burgberg von Szaflary. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 1/2, S. 3—16.

Kienle, H.: Das Weltbild des Kopernikus und das Weltbild unserer Zeit. In: Die Burg. 4. Jg. 1943. H. 2, S. 63—85.

Kries, G. v.: Weichselwinde. Schicksale einer westpreußischen Familie. — Heilbronn: Salzer (1942) 582 S. 8° RM. 8,80 (Zl. 17,60)

Löffler, F.: Der Behaim-Codex. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 1. S. 36—37.

Lück, K.: Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. (2. erg. Aufl.) Mit 43 Abb. — Posen: Histor. Gesellschaft im Wartheland; Leipzig: Hirzel 1943. XII, 535 S. 4° = Forschungen zur Deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleurop. Raum. = Ostdeutsche Forschungen. Bd. 7. RM. 13,50 (Zl. 27,—)

Mindt, E. u. Hansen, W.: Was weißt Du vom Deutschen Osten? Geschichte und Kultur des Deutschen Ostraumes. Unter Mitarb. v. Otto Glaser. 2. verb. u. verm. Aufl. — Berlin, Ulm: Verlagsgemeinschaft Ebner & Peters. 1942. 196 S. mit Abb. Gr. 8° RM. 9,80 (Zl. 19,60)

Müller, Th.: Die hohe Straße von Krakau nach Sandomir. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 1, S. 12—21.

Papendick, G.: Deine Söhne, Land i. Osten... Erzählgn. (3. Aufl.) — Leipzig, Tilsit, Königsberg (Pr.): Verl. d. Bücherstube Am Hohen Tor, H. O. Holzner 1942. 87 S. 8° = Nordostmark-Bücher. RM. 2,80 (Zl. 5,60)

Reimers, E.: Der Kampf um den Deutschen Osten. — Leipzig: Goldmann 1943. 270 S. mit Abb. 8° RM. 8,20 (Zl. 16,40)

Rodler, O.: Alte Stadtansichten von Krakau. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 1, S. 2—11.

Sommerfeldt, J.: Zur Geschichte der Judentaufen in Polen. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 3, S. 59—78.

Wanderung ins Land der Goralen. Aus einem Reisebericht des Theodor Mundt aus dem Jahre 1839. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 29—32.

Winkler, F.: Der Krakauer Behaim-Codex. Mit einer rechtsgeschichtlichen Studie v. J. W. Niemann. — Berlin: Deutscher Verein für Kunstwissenschaft 1942, X, 124 S. 36 Taf. 4° = Denkmäler Deutscher Kunst.

Zöllner, J. F.: Reisebrief aus Kressendorf vom Jahre 1791. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 1, S. 33—34.

LANDESKUNDE UND RAUMFORSCHUNG

Fugmann, E.: Das westliche Mittelweichselland. Zur Landes- u. Landschaftskunde des Raumes zwischen Weichsel und Pilica. In: Die Burg. 4. Jg. 1943. H. 1, S. 36—46.

Geschwendt, F.: Reise nach Krynica. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 23—25,
Kesselring: Neu-Sandezer und Neumarkter Land. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 9—15.

Klippel, O.: Stand der geomorphologischen Forschung im Generalgouvernement. I. Teil in: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 1/2, S. 3—16. II. Teil in: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 3, S. 79—89.

Tischler, E.: Die Westbeskiden. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 18—22.

LAND- UND FORSTWISSENSCHAFT

Bräuning, R.: Die Landwirtschaft des Generalgouvernements auf der Schwelle einer neuen Zeit. In: Die Burg. 4. Jg. 1943. H. 1, S. 10—35.

Colas, H.: Weichsellachse. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 1, S. 35—37.

Kalendarz rolniczy. 1943 — Königsberg (Pr.): Franz-Str. 12/13a, Bialystok: Reichsnährstandsverl., Zweigniederlassg. Ostpreußen 1942. 64 S. mit Abb. 8° (Landwirtschaftlicher Kalender). RM. 1,— (Zl. 2,—)

Kall, A.: Flurbereinigung und was dahinter steckt. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 3./4. Folge, S. 54—57.

Krämer, O.: Erfahrungen eines deutschen Jägers im Generalgouvernement. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 1, S. 25—31.

Landwirtschaftliches Blatt für Zichenau. Dt. Ausg. d. „Tygodnik rolniczy“. Jg. 1. 1943. Nr. 1/2. 9. Jan. — Königsberg (Pr.) Reichsnährstandverlag, Zweigniederlassg. Ostpreußen, 1943. 13 S. mit Abb. 4° Halbj. RM. 3,— (Zl. 6,—) Einzelnr. RM. —,20 (Zl. —,40)

Splettstößer, A.: Der Forstmann im Kampf mit der Natur um die Gestaltung unseres Bodens. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 1./2. Folge. S. 19—25.

Wiederbewaldung des Ostens. Vorträge, geh. auf d. Eröffnungstag. d. Arbeitskreises f. d. Wiederbewaldung d. Ostens am 28./29. Jan. 1942 in Posen. — Berlin: Beamtenpresse 1943. 79 S. 8° RM. 2,50 (Zl. 5,—)

RASSEN- UND VOLKSTUMSFORSCHUNG

Deutsches Blut im Karpatenraum. Im Auftr. hrsggb. durch Manfred Grisebach. Mit 7 Kt. u. 35 Bildern. — Stuttgart. Berlin: Kohlhammer 1942. XII, 299: 15 S. 8° = Jahrbuch d. Dt. Ausland-Inst. zur Wanderungsforschung und Sippenkunde. Bd. 6. 1941/42. RM. 7,50 (Zl. 15,—)

Föhl, W.: Das Deutschtum im Lubliner Lande. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 1/2, S. 17—46.

Sydow, I.: Volkskundliche Untersuchungen in dem goralischen Dorf Szaflary. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 3, S. 90—99.

KUNSTGESCHICHTE

Weinelt, H.: Kunstgeschichte und Volksgeschichte. Zu einem Brief des Neusandezer Bürgers Jakob Moler an die Stadt Bartfeld vom Jahre 1465. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 4, S. 139—176.

BILDUNGSWESEN

Adrian, R.: Büchereien als Wegbereiter Deutschen Kulturgutes. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 3./4. Folge. 1943. S. 61—64.

Kral, R.: „Flugmodellbau“ auch Schulfach im Generalgouvernement. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 3./4. Folge. S. 59—60.

Kulturarbeit im Generalgouvernement. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1./2. Folge. 1943. S. 11—18.

Lützkendorf, F.: Wiedergeburt. Lieder aus dem Osten. — Berlin: Suhrkamp 1943. 36 S. 8° RM. 1,— (Zl. 2,—)

Rechenbuch für Volksschulen. Generalgouvernement. H. 2, 3, — Breslau: F. Hirth 1943. 8°

SPRACH- UND LITERATURWISSENSCHAFT

Bibliographie des Generalgouvernements. In: Deutsche Forschung im Osten. 3. Jg. 1943. H. 3, S. 100—105.

Polnisch auf Baustellen. Sprachführer für den Verkehr mit polnischen Arbeitern auf Baustellen. Hrsggb. v. d. Wirtschaftsgruppe: Bauindustrie. 1.—4. Tsd. — Stuttgart: Frankh 1941. 112 S. 8°

ZEITGESCHICHTE

Behrendt, F.: Die Fahrt nach Osten. Eine Jungengeschichte aus d. Polenkrieg. (1.—4. Aufl.) — Berlin: Junge Generation. 146 S. 8° RM. 2,80 (Zl. 5,60)

Greiser, A.: Der Aufbau im Osten. — Jena: Fischer 1942. 20 S. 8° = Kieler Vorträge. 68. RM. 1,50 (Zl. 3,—)

Himmele, A.: Kriegseinsatz der Bühnen. In: Das Generalgouvernement. 3. Jg. 1943. H. 2, S. 38—39.

Jobst, H.: Ruf des Reiches, Echo des Volkes! Eine Ostfahrt. (6. Aufl.) — München: Eher 1942. 130 S. 8° RM. 3,75 (Zl. 7,50)

Kipper, H.: Deutschland, wir kommen! Roman um ein volksdt. Schicksal. — Wien, Leipzig: Kühne 1943. 274 S. 8° RM. 5,50 (Zl. 11,—)

Lück, K.: Der Lebenskampf im deutsch-polnischen Grenzraum. (4. erg. Aufl. 41.—50. Tsd.) — Berlin: Eher (Zweigniederlassg.) 1943. 86 S. Kl. 8° = Schriftenreihe der NSDAP. Gr. 7, Bd. 4. RM. 0,80 (Zl. 1,60)

Raschke, M.: Zwiegespräche im Osten. — Leipzig: P. List 1943. 109 S. 8° RM. 4,50 (Zl. 9,—)

Rättig, K.: Deutsche in Warschau vor 10 Jahren. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 3./4. Folge. S. 65—66.

Thoß, A.: Heimkehr der Volksdeutschen. (31.—40. Tsd.) 1942, 79 S. mehr. Bl. Abb. 8° = Schriftenreihe der NSDAP. Gr. 3, Bd. 14. RM. 1,30 (Zl. 2,60)

Wiesner, R.: Der 30. Januar 1933 im Erlebnis der deutschen Volksgruppen in Polen. In: Das Vorfeld. 3. Jg. 1943. 1./2. Folge. S. 32—35.

Wittek, E.: Der Marsch nach Lowitsch. Ein Bericht n. d. Erzählgn. s. Bruders Reinhold Wittek u. a. niedergeschr. 111.—200. Tsd. Berlin: Eher (Zweigniederlassg.) 1942. 104 S. 8° = Schriftenreihe der NSDAP. Gr. 6, Bd. 2. RM. —,80 (Zl. 1,60)

Ziegler, W.: Großdeutschlands Kampf. Ein Rückblick auf d. Kriegsjahr 1939—40 in Politik und Kriegführung. 2. Aufl. m. zahlr. Abb. u. Kt.-Skizzen. — Leipzig: Reclam 1942. 267 S. RM. 4,50 (Zl. 9,—)

KRIEGSBÜCHER

Adler, H.: Bomben auf Polen. (Textzeichnungen v. Rolf Walz. 4. Aufl.) Reutlingen: Enßlin & Laiblin 1942. 32 S. 8° RM. —,20 (Zl. —,40)

Berndt, A. J.: Panzerjäger brechen durch! Erlebnisse einer Kompanie im großdt. Freiheitskrieg 1939/40. (8. Aufl.) München: Eher 1942. 251 S., 1 Kt. 8° RM. 4,80 (Zl. 9,60)

Hadamowsky, E.: Blitzmarsch auf Warschau. Frontberichte e. politischen Soldaten u. Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges. (6. Aufl.) — München: Eher 1942. 260 S., 1 Kt. 8° RM. 3,50 (Zl. 7,—)

Holm. N,: Motorisiertes Bataillon in Polen. (1.—4. Tsd.) — Berlin: Verl. Deutscher Wille 1942. 104 S. mehr. Bl. Abb. 8° RM. 2,25 (Zl. 4,50)

Passow, K.: Von Polen bis Compiègne. Der Siegeszug d. Dt. Wehrmacht 1939/40. 122 Bilder. Herausggb. unter Mitwirk. v. Walter Reese. — München: J. F. Lehmanns Verl. 1941. 78 S. 8° RM. 2,40 (Zl. 4,80)

Pecher, E.: Kompanie in Polen. (5. Aufl.) — Wien: Deutscher Verl. für Jugend und Volk 1942. 109 S. 8. S. Abb. A 1. 8° = Die Junge Ostmarkreihe, Bd. 2. RM. 1,60 (Zl. 3,20)

Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen. Tatsachenbericht v. d. anderen Front aus d. Feldzug der 18 Tage. Zsgst. u. bearb. v. Dr. Kurt Lück. (4. Aufl.) — Berlin: Verlag Grenze und Ausland 1943. 158 S. 8° Deutscher Osten Bd. 3. RM. 2,60 (Zl. 5,20)

Personalien

Der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau, Amtsgerichtsrat Dr. Wilhelm Coblitz, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Der Assistent an der Sektion Wirtschaftswissenschaft, Dr. Hans-Kraft Nonnenmacher wurde zum Referenten ernannt.

Verleihungen: Der Führer hat dem stellv. Leiter der Sektion Landeskunde des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau, Dr. rer. nat. Ernst Fugmann, und dem Leiter des Referats für Judenforschung der Sektion Rassen- und Volkstumsforschung des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau, Dr. phil. Josef Sommerfeldt, zum 1. 9. 1943 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse verliehen.

Tuberkulose-Forschungsauftrag

Das Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau hat dem Dozenten für Säuglings- und Kinderheilkunde an der Akademischen Kinderklinik der Medizinischen Akademie in Düsseldorf, Dr. med. habil. Ströder, der vom Reichsgesundheitsführer mit der Leitung der Kinderklinik der Staatlichen Krankenanstalten in Krakau beauftragt wurde, einen Forschungsauftrag auf dem Gebiete der experimentellen Tuberkuloseforschung erteilt. Der Forschungsauftrag verfolgt den Zweck, notwendige experimentelle Untersuchungen durchzuführen, die die Grundlage für praktische ärztliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter bilden sollen.

Vortrag Prof. Dr. Huebschmann, Düsseldorf

Am 14. Oktober sprach im Rahmen der Gastvorträge des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau der Direktor des Pathologischen Instituts der Medizinischen Akademie Düsseldorf, Herr Prof. Dr. Huebschmann, über das Thema: „Gewebliche Entwicklung der Tuberkulose und ihre Bedeutung für die Krankenbehandlung“.

.2